

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

| Inhalt: | Seite | Seite |
|---|-------|---|
| Der Arbeitszwang in England | 525 | Kongresse. Gewerkschaftliche Konferenz in Stuttgart . . . 535 |
| Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung | 527 | Anderer Organisationen. Die Polnische Berufs- |
| Wirtschaftliche Rundschau | 529 | vereinigung im Kriegsjahr 1914 . . . 535 |
| Soziales. Der Krieg und das Geburtenproblem | 530 | Literarisches. Ein gewerkschaftliches Kriegs- |
| Arbeiterbewegung. Gewerkschaften und innere | | buch. I. — Neuerichene Bücher und Schriften. . . 537 |
| Parteidifferenzen. — Aus den deutschen Gewerks- | | Mitteilungen. Für die Verbandsgebildungen . . . 540 |
| chaften. — Die holländischen Gewerkschaften | | |
| während des Krieges 531 | | Hierzu: Arbeiterrechts-Beilage Nr. 8. |

Der Arbeitszwang in England.

Der Krieg hat in allen beteiligten Ländern große Umwälzungen im öffentlichen Leben zur Folge gehabt, und die Arbeiterklasse ist davon nicht am wenigsten betroffen worden. Das gilt in ganz besonderem Maße für die sogenannten „Westmächte“, deren Rechtsverhältnisse nicht nur durch den Kriegszustand, sondern auch durch administrative Verfügungen und neue Gesetze erheblichen Einschränkungen unterworfen wurden. Press- und Redefreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht können wir dabei außer Betracht lassen, da sie in allen kriegsführenden Ländern mehr oder weniger eingeschränkt worden sind. England macht dabei keine Ausnahme. Dort werden nach den Mitteilungen, die Ramsay Mac Donald kürzlich einem Vertreter des Stockholmer Parteiblattes gemacht hat, Versammlungen verboten, Zeitungen unterdrückt, Redner mit Geldstrafen belegt oder ins Gefängnis geworfen. Das alles hängt mit dem Kriegszustand zusammen, der das bürgerliche Recht außer Kraft setzt.

Die „Westmächte“ sind jedoch wesentlich darüber hinausgegangen. In Frankreich sind die Arbeiter der Waffenindustrie „militarisiert“ worden. Wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ mitteilen konnte, sind nicht nur die für die Herstellung von Kriegsbedarf beurlaubten Mannschaften militarisiert, sondern alle noch nicht eingezogenen Metallarbeiter besonderen Truppenteilen zugeteilt worden. Sie unterstehen den Militärgefehen, müssen zur vorgeschriebenen Stunde nach Hause gehen, können ihre Arbeitsstelle nicht wechseln und werden bei Arbeitsverweigerung nach den Militärgefehen bestraft. Durch eine Armbinde oder durch die Stoppbedeckung werden sie als Militärarbeiter kenntlich gemacht.

England hat ein Sondergesetz für die Kriegsindustrie erlassen, das auch die bisherigen gewerblichen Rechtsverhältnisse der Arbeiter aufhebt. Die gewerkschaftlichen Verträge sind aufgehoben, soweit sie eine Beschränkung der Leistungen oder der Beschäftigung von an- bzw. ungelerten Arbeitern sowie Arbeiterinnen enthalten. Streiks und Aussperrungen sind verboten, entstehende Diffe-

renzen sind einem obligatorischen Schiedsgericht zu unterwerfen. Ein „Munitionsgericht“ urteilt über Vergehen der Arbeiter, beispielsweise über Unpünktlichkeit, vorläufige Beschränkung der Leistungen, Beeinträchtigung der Arbeitsleistung durch Trunkenheit, sowie über die Verletzung der schriftlich eingegangenen Verpflichtung der „Freiwilligen“ (der unter großem Druck angeworbenen Munitionsarbeiter). Das Gericht besteht aus dem vom Geschichtsminister bestellten Obmann und den Beisitzern, die paritätisch dem Unternehmer- und Arbeiterlager entnommen werden. Es kann Geldstrafen bis zu 5 Pfd. Sterl. verhängen. Die Gewerksvereine haben auch das Recht, ihre eigene Disziplinarergewalt gegenüber ihren Mitgliedern geltend zu machen.

Das Land ist in Munitionsgebiete eingeteilt und der Regierung steht das Recht zu, die Munitionsfabriken unter eigene Kontrolle zu nehmen. Ebenso ist eine Beschränkung des Unternehmergewinns durch die Regierung erfolgt. Die Arbeiter werden für die Munitionsindustrie angeworben und unterzeichnen individuell den Arbeitsvertrag. Sie können die Arbeitsstelle nicht ohne Einwilligung des Arbeitgebers wechseln, Zuwiderhandlungen werden bestraft, und ohne ordentlichen Entlassungsschein darf der Arbeiter anderweitig nicht eingestellt werden.

Von großem Interesse ist die Tatsache, daß dieses Gesetz die Zustimmung der namhaften Arbeiterführer gefunden hat. Neben den öffentlichen Arbeitsnachweiser haben auch die Gewerkschaften sich eifrig für die Anwerbung von Munitionsarbeitern eingesetzt. Die Wirkungen des Gesetzes sind freilich derart, daß eine große Erbitterung in der Arbeiterschaft entstanden ist. Der „New Statesman“, das Organ der Webbischen Richtung, bezeichnet in seiner Ausgabe vom 13. November das Gesetz als einen Mißgriff und Fehlschlag. Die Munitionserzeugung sei zwar riesig gestiegen, aber nicht infolge des Gesetzes, sondern der außerordentlich verschwenderischen Kapitalsaufwendungen der Regierung. In ganz Großbritannien geht eine Vermehrung und Erweiterung der Fabriken vor sich, nahezu alle Drehbänke und Maschinen werden in der Kriegsmaterialerzeugung verwendet, alles Dinge, die mit dem Gesetz nichts zu tun haben.

durch, und weil auf den betreffenden Schachtanlagen die Belegschaften den Wahlen keine Bedeutung beimaßen, haben hier die Gelben noch eine Anzahl Sitze erhalten bzw. gewinnen können. Wie aber das allgemeine Resultat ist, spiegelt das Ergebnis im Bezirk Essen ziemlich genau wider. Im Essener Bezirk, „im Schatten der Firma Krupp“, behaupten die Gelben, einen besonders hervorragenden Einfluß auf die Bergarbeiterschaft gewonnen zu haben.

Bei den Sicherheitsmänner- und Arbeiterauswahlgewahlen im Essener Bezirk erhielten die gewerkschaftlichen Verbände 104, die Gelben nur 13 Sitze, trotz der für die Gewerkschaften ungünstigen Wahlverhältnisse. Bemerkenswert ist, daß von den gelben Mandaten sieben auf Wahlabteilungen über Tage entfallen, und daß vier Mandate für unterirdische Wahlabteilungen (Zeche Zollverein 1-2) mit 210 gegen 203, also nur mit sieben Stimmen Mehrheit „gehalten“ wurden. Diese Wahlen bestätigen auch, daß, wo die Gelben überhaupt einen bekenntnis-mütigen, nennenswerten Anhang haben, sich dieser weit überwiegend nur unter den Obertagsarbeitern (viele Invaliden sind darunter), ganz geringfügig unter den eigentlichen Bergleuten befindet.

Lohnbewegungen und Streiks.

Lohnbewegungen in der Schweiz während der Kriegszeit.

Die in einer Genfer Zigarettenfabrik beschäftigten 80 Arbeiterinnen, die vom dortigen Arbeitersekretär Genossen Nicolet gewerkschaftlich organisiert wurden, erreichten auf dem Wege einer friedlichen Lohnbewegung recht schätzenswerte Erfolge. Es wurde für die ersten fünf Wochentage die neun- und für Sonnabend die achtstündige Arbeitszeit festgesetzt und der Tagesverdienst um 72 Centimes erhöht, woraus sich eine jährliche Arbeitszeitverlängerung von 4000 Stunden und eine jährliche Lohnerhöhung von 26 000 Frank ergibt.

In der neuen Zigarettenfabrik von Rinsoz u. Spörri in La Tour de Peilz bei Vevey am Genfersee haben die im Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem die Arbeiterinnen minimale Stundenlöhne von 35-40 Cts., die männlichen Arbeiter einen Akkordlohn von 5,50 Frank für 1000 Stück Zigaretten erhalten. Diese Lohnsätze sollen gegenwärtig die höchsten in der Schweiz sein. Der Tarifvertrag anerkennt ferner den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis und den Gewerkschaftszwang für das gesamte Personal.

In den sehr gut beschäftigten Metall- und Maschinenfabriken sind die in den ersten Kriegsmonaten vorgekommenen Lohnreduktionen meistens wieder aufgehoben und dazu außerdem mehrfach Lohn erhöhungen bewilligt worden. Nur in der Uhrenindustrie und wohl auch in anderen Industrien sind bis jetzt noch immer nicht alle Lohnreduktionen wieder aufgehoben worden, die bis zu 40, 50 und 60 Proz. gingen! Auch im Handel und im Gewerbe erfolgten Lohnreduktionen, deren Aufhebung die Gewerkschaften betreiben. Während Unternehmer und Agrarier sich bereichern, ihre Preistreiberie die allgemein drückende Teuerung verschulden, sollten die Arbeiter nicht auch noch durch Lohnverschlechterungen extra gebrandschaftet werden.

3.

Privatversicherung.

Eine gemeinnützige Einrichtung.

Der Vorstand der Volksfürsorge hat alsbald nach Eröffnung des Betriebs der Gesellschaft, am 21. August 1913, auf dem vorgeschriebenen Wege über die Direktivbehörde in Hamburg an den Bundesrat den Antrag gestellt:

„Die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft von der Entrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.“

Nach der Nummer 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 sind von inländischen Aktien 3 vom Hundert des eingezahlten Aktienkapitals zu entrichten. (In dem abgeänderten Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913 ist dieser Satz auf 4½ vom Hundert erhöht worden.)

Von dieser Abgabe sind nach dem Gesetz von 1909 befreit:

„Inländische Aktien, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesrats ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Verteilung gelangenden Reingewinn jatzungsgemäß auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitalanlagen beschränken, auch bei Auslosungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen auch für die minder begüterten Volksklassen bestimmt sein.“

Alle hier geforderten Voraussetzungen sind im Gesellschaftsvertrag durch die Verwaltung der Volksfürsorge erfüllt und nun vom Bundesrat auch als vorliegend anerkannt worden. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 26. August 1915 beschlossen, dem Antrage des Vorstandes zu entsprechen, nachdem die Voraussetzungen für die Bedingungen der Befreiungsvorschrift zu 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 gegeben sind.

Diesem Entsch. folgend, hat die Hamburger Direktivbehörde die Stempelfreiheit vollzogen.

Der Wert dieser Entscheidung liegt nicht so sehr in der im Interesse der Versicherten hoch erfreulichen finanziellen Wirkung als in der behördlichen Anerkennung, daß die Volksfürsorge, dem absichtlichen Willen ihrer Gründer entsprechend, ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient und, wie es in dem abgeänderten Gesetz vom 3. Juli 1913 formuliert ist, „wesentlich der Förderung der minderbemittelten Volksklassen dient“.

Mitteilungen.

Arbeitersekretär für Königsberg gesucht.

Für das Arbeitersekretariat in Königsberg i. Pr. wird ein erster Sekretär gesucht. Derselbe muß neben den für seinen Beruf notwendigen Kenntnissen auch sozialpolitische Wahlen selbstständig vorbereiten, agitatorisch und organisatorisch tätig sein können. Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft. Mindestgehalt 2500 Mk. pro Jahr. Anrechnung von Dienstjahren ist nicht ausgeschlossen. — Die Anstellung kann sofort erfolgen.

Meldungen sind bis zum 11. Dezember 1915 an den Vorsitzenden der Aufsichtskommission August Beufert, Königsberg i. Pr., Vorderroßgarten 61/62 II. zu richten.

Dagegen habe seine Anwendung die Arbeiter stark verstimmt. Die Berichte darüber werden der Presse vorenthalten, und das Publikum erfährt wenig von dem weitverbreiteten dumpfen Groll eines beträchtlichen Teiles der Arbeiter, die sich einem neuen Strafgesetz unterworfen fühlen, das nach ihrer Ansicht mit Härte und ausschließlich im Interesse der Arbeitgeber ausgenutzt wird.

Was das Blatt über diese Anwendung mitteilt, erklärt zur Genüge den „dumpfen Groll“ der Arbeiter. Demnach verhandelt das Munitionsgericht täglich 60—70 Fälle im Durchschnitt, wobei der juristische Vorsitzende sich alle Befugnisse des Gerichts selbst anmaßt und den Besitzern der Arbeitgeber und Arbeiter keine Gelegenheit gibt, wesentlich in die Verhandlungen einzugreifen. Schon belaufen sich die verhängten Geldstrafen auf Tausende von Pfund Sterling, aber sie wurden fast stets nur über Arbeiter, fast nie über Arbeitgeber verhängt. Nach der Meinung der Arbeiter findet diese Häufung von Prozessen lediglich zur Stärkung der selbstherrlichen Gewalt gewinnstüchtiger Unternehmer statt, und vor Gerichtshöfen, die niemand achtet, deren Protokolle nicht in angemessener Weise bekanntgegeben werden und vor denen die Verteidigung tatsächlich nicht vertreten ist. In Industriezentren, wie Glasgow und Liverpool, hat die Handhabung des Gesetzes mehr als einmal große Arbeitseinstellungen nahezu herbeigeführt. Wegen Nichtzahlung verhängter Geldstrafen sind Arbeiter bereits zum Gefängnis verurteilt worden und nur infolge der Androhung eines Ausstandes von 90 000 Arbeitern im Clybedistrikt wurde das Urteil rückgängig gemacht.

Das alles ist noch keineswegs die Grenze dessen, was sich das „freie England“ gegen die Arbeiter unter Verantwortung der Arbeiterpartei erlauben darf, die an der Regierung beteiligt ist. Das Gericht lehnt die Besprechung der Lohnverhältnisse, Arbeitszeit und sonstiger Anstellungsbedingungen ab, weil seine Rechtsprechung nur die Durchführung der Arbeitsbedingungen betrifft, d. h. in Wirklichkeit der Bedingungen des Unternehmers. Wohin das führen muß, zeigt die erfolgte Verurteilung von Arbeitern, die nach Beendigung ihrer vertraglichen Arbeitszeit es abgelehnt haben, Ueberstunden, Nacharbeit oder Sonntagsarbeit zu leisten. Dagegen darf der Arbeitgeber ganz willkürlich ihm genehme Vorschriften machen und nach Belieben ändern, ohne die Zustimmung des Arbeiters einzuholen. Der Arbeitgeber erläßt Vorschriften und setzt Geldstrafen fest, die nicht im Gesetze vorgesehen sind, und das Gericht hält das für ordnungsgemäß. Ein Arbeiter wurde auf vier Wochen „suspendiert“, verlor seinen Lohn, durfte aber die Stellung nicht verlassen. Das alles ist heute in England „Recht“.

Die Behandlung des Stellenwechsels ist überhaupt eine der eigenartigsten Erscheinungen dieses von den englischen Gewerkschaftern akzeptierten neuen „Arbeitsrechts“. In Frankreich wird den Arbeitern der Stellenwechsel verboten, indem sie offen militarisiert werden. In England aber wurde die gleiche Bestimmung gesetzlich fixiert unter der Formel: „Kein Zwang, kein Militärverhältnis, keine halb-militärische Disziplin!“ („Times“ vom 18. Juni).

Hören wir demgegenüber, wie der „New Statesman“ fünf Monate später auf Grund der Tatsachen die Sachlage beurteilt: Dem Arbeiter ist das Recht beschränkt, eine Stelle zu verlassen, auf der er ungeschädigt behandelt wird. Es ist eine strafbare Handlung, wenn der Arbeiter ohne Einwilligung

des Arbeitgebers, auch wenn der Arbeitsvertrag aufgelöst oder ordnungsgemäß aufgekündigt wurde, die Stelle verläßt. Der Arbeiter darf auch nicht die Arbeitsstelle unter Einhaltung der Kündigungsfrist wechseln, um in einer anderen Munitionsfabrik einen höheren Lohn zu verdienen, gleichviel wie gering der ihm gezahlte Lohn ist. Die letztere Frage zu prüfen, lehnt das Gericht grundsätzlich ab. Weigert sich der Arbeiter, eine andere Tätigkeit in der Fabrik zu übernehmen, wird er bestraft und das Gericht lehnt es ab, seine Motive anzuhören, wenn er sich auf den Widerspruch zwischen dem angebotenen geringeren Lohn und dem Tarif, dem persönlichen Arbeitsvertrag oder den Vorschriften des Munitionsgesetzes beruft. Noch besser: Obgleich der Arbeiter also die Stelle ohne Einwilligung des Arbeitgebers nicht wechseln darf, ist dieser letztere nicht verpflichtet, ihm Arbeit oder Lohn zu geben. Fortdauernd kommen Fälle vor, wo die Arbeiter Stunden, Tage und gar Wochen aussetzen müssen, ohne Lohn zu bekommen, weil Materialien oder Aufträge fehlen. Aber sie dürfen trotzdem nicht anderweitige Beschäftigung annehmen, obgleich andere Arbeitgeber für sie Arbeit hätten, wenn ihnen der Arbeitgeber den Entlassungsschein verweigert. Hat er das zu unrecht getan, so erkennt das Gericht dem Arbeiter trotzdem kein Recht auf Schadenersatz zu. Man muß dem „New Statesman“ schon zustimmen, wenn er dem Munitionsgesetz folgendes ins Stammbuch schreibt:

„Den Arbeitgebern und Aufsehern zu gestatten, das Gesetz dazu zu gebrauchen, die Arbeiter — besonders die Frauen — zu zwingen, Löhne anzunehmen, wie sie der Unternehmer festzusetzen beliebt (man erinnert die Arbeiter, daß es ein Vergehen ist, die Arbeit zu verweigern, und daß man ihnen nicht gestattet, wegzugehen); Frauen und Männern, die 60 bis 70 Stunden die Woche arbeiten, zu zwingen, Ueberstunden zu machen, und Geldstrafen zu verhängen, wenn sie sich weigern; Männer und Frauen mit Gewalt zurückzuhalten, wenn sie den ganz berechtigten Wunsch haben, nach Ablauf ihres Arbeitsvertrages aus irgendwelchen Gründen ihre Stelle zu wechseln; dem Unternehmer die Befugnis zu geben, durch Geldbußen und Aussperrungen jede Vorschrift durchzusetzen, die ihm beliebt, ohne die Arbeiter um ihr Einverständnis zu befragen — all das ist geeignet, den Unwillen unter der Arbeiterschaft zusehends zu verstärken. Geht das so weiter, so wird das mehr zur Kriegsmüdigkeit beitragen, als jede „pazifistische“ Propaganda.“

Der Unwillen der Arbeiter über diese grausame Verböhnung jeglichen Arbeiterrechts ist durchaus begreiflich. In dem Deutschland des von den „Westmächten“ so ingrimmig gehaßten „preussischen Militarismus“ haben wir glücklicherweise derartige gesellschaftliche Brutalitäten gegen die Arbeiterklasse im Kriege nicht erleben brauchen. Hier hat sich das Militärrecht durchaus in das gewerbliche Arbeitsrecht einzupassen verstanden. Auch die Arbeiter, die einberufen sind, aber für die Kriegsindustrie beurlaubt wurden, unterstehen dem gewerblichen Recht. Die gewerkschaftlichen Tarifverträge sind nicht nur aufrechterhalten worden, sondern es wurden in Einzelfällen neue Verträge unter Teilnahme der Militärbehörden geschaffen, und selbst auf dem Gebiete der Heimarbeit haben die letzteren dem gewerkschaftlichen Standpunkt großes Verständnis entgegengebracht, so daß auch hier wichtige soziale Fortschritte gemacht werden konnten.

Wir führen das gewiß nicht an, um uns in Prahlereien zu ergehen. Aber es ist nützlich, an der Hand der Tatsachen sich darüber klar zu werden, welcher ungeheuerliche Unfug mit den vermeintlichen Freiheiten der Arbeiterklasse in den Geldsackdemokratien der „Westmächte“ sowohl in der dortigen Presse als im sonstigen Auslande getrieben wird. Auch bei uns fehlen die Klänge nicht, die jene Scheindemokratie anstann und den Tiefstand des dortigen Arbeiterrechts ignorieren.

Allerdings, soweit haben wir es nicht gebracht, daß die Minister Delegiertenkonferenzen der Gewerkschaften abhalten, ihnen präsidieren und die Redner stellen. Eine solche fand zuletzt am 1. Dezember in London statt und etwa 1000 Gewerkschaftsvertreter sollen daran teilgenommen haben. Den Vorsitz führte der Unterrichtsminister Henderson. Die Referate erstatteten der Ministerpräsident Asquith, der Finanzminister Mac Kenna und der Handelsminister Kunciman. Asquith pries die Tätigkeit der Regierung, die die Kriegsgewinne besteuert habe. Die Arbeitslöhne seien für 4,5 Millionen Arbeiter um 3,50 Mk. wöchentlich gestiegen, und die Lage der Arbeiter sei besser als vor dem Kriege. Aber jetzt ginge das nicht weiter, die Arbeiterführer müßten ihren Einfluß auf die Arbeiter geltend machen, damit keine allgemeinen Lohnbewegungen mehr stattfinden.

Der Finanzminister warf den Arbeitern vor, daß sie sehr hohe Löhne verdienen, aber verschwenderisch damit umgehen. Die Regierung verlange von den Arbeitern, daß sie ihre höheren Einnahmen nicht zur Erhöhung der Lebenshaltung verwenden, sondern zu Anlagen in Kriegsanleihen.

Der Handelsminister stellte fest, daß die Regierung Sozialismus auf geschäftsmäßiger Basis betrieben hat! Er setzte dann auseinander, was die Regierung für die Lebensmittelförderung getan und nicht getan hat. Sie beherrsche bereits die Zucker- und Weizeneinfuhr und habe Märkte für die Einfuhr von Gefrierfleisch gemietet. Höchstpreise habe sie der Einfuhr wegen nicht festsetzen können.

Ganz ohne Widerspruch blieben die Ministerreden nicht, aber eine Diskussion fand erst statt, nachdem die Minister die Konferenz verlassen hatten. Ein Antrag, die Reden der Minister in Broschürenform zu drucken und deren Inhalt den Arbeitern zur Befolgung zu empfehlen, fand Annahme. Dagegen lehnte man mit starker Mehrheit einen Zusatzantrag ab, der den Arbeitern erklären wollte: „Die Finanzkraft der Nation kann nur aufrechterhalten werden, wenn die reichen Klassen sich verhältnismäßig so große Opfer auferlegen, wie die Arbeiterklasse sie bereits trägt.“ Der Redner gegen den Zusatzantrag, John Ward, Sekretär der Erdarbeiter, erklärte unter dem Beifall der Konferenz, daß eine Annahme des Zusatzantrages „den Ansichten der Gewerkschaftsmassen nicht entsprechen würde, denn diese sind entschlossen, vorerst mit dem ausländischen Feinde fertig zu werden, ehe sie den Kampf mit dem inneren Feinde aufnehmen“.

Wenn das der Geist ist, der heute die englischen Gewerkschaften beherrscht, dann wird die Welt wohl noch recht lange auf den Frieden warten müssen, und die englischen Arbeiter werden sich nicht minder mit dem Arbeitszwang und der Aufhebung des Gewerberechts abzufinden haben. Das ist der Zustand, den Bernhard Shaw in einer Zuschrift an

das neugegründete gewerkschaftliche Wochenblatt „The Trade Unionist“, das ihn unter Zuwendung des Spiegels um ein Urteil über das Blatt befragte, folgendermaßen charakterisierte:

„Meiner Ansicht nach wird das Blatt wahrscheinlich den gleichen Einfluß auf die Gewerkschaften ausüben, wenn es nur Spiegel bleibt oder wenn es mit Text gefüllt ist. Eine Arbeiterklasse, die sich dabei beruhigt (wie es die unsere offenbar tut), daß man ihren wichtigsten Freibrief — das Recht auf Streik — zerreiht; eine Arbeiterklasse, die es gestattet, daß Militärgerichte über gewerbliche Streitigkeiten entscheiden; eine Arbeiterklasse, die den Geldherren einen Plankoschek auf ihrer Hände Arbeit gibt (darunter sind die Kriegsarbeiten verstanden) und die sich an wieder erstandene Parlamentsakte bindet, für deren Verschmetterung ihre Großväter ihr Blut vergossen haben — eine derartige Arbeiterklasse wird faum in der Stimmung sein, den „Trade Unionist“ als ein neues Evangelium zu begrüßen.“

Dem hätten wir allerdings nichts hinzuzufügen.

Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Als ein Zweig der allgemeinen Jugendfürsorgebewegung hat sich in den letzten Jahren immer mehr das Bestreben gezeigt, die aus der Schule entlassenen Jugendlichen für einen geeigneten Beruf zu beraten und ihnen zur Erlangung passender Lehrstellen behilflich zu sein. Eine Anzahl Großstädte besitzen heute solche Beratungs- und Vermittlungsstellen, die, auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut, vielfach gemeinnützigen oder paritätischen Arbeitsnachweisen angegliedert sind. Nur auf dieser Grundlage können sie Beachtung und Förderung beanspruchen; in jeder anderen Form aber erscheinen sie von vornherein wertlos, einseitig und meist für die Jugendlichen wie für die Allgemeinheit schädlich.

Eine im Februar 1913 auf Einladung der Centralstelle für Volkswohlfahrt in Charlottenburg abgehaltene Konferenz über Berufsberatung und Vermittlung hielt die Errichtung solcher Stellen für Jugendliche beiderlei Geschlechts sowohl im Interesse der Jugendlichen als auch im Interesse der Privat- und der Volkswirtschaft für dringend geboten mit dem Ziele der Einordnung der Jugendlichen in den Beruf je nach Eignung und Neigung. Zur Mitwirkung hierbei wurden vor allem die Schule, der Schularzt, die öffentliche und gemeinnützige Stellenvermittlung, die Vertretung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, Fachorganisationen sowie Jugendpflege und Volksbildungsbereine für berufen gehalten. Einen wesentlich anderen Standpunkt hatte im September 1910 der erste deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag in Stuttgart eingenommen. Nach der dort beschlossenen Resolution sind die Arbeitsnachweise und Lehrstellenvermittlungen der Innungen nach Kräften zu unterstützen, auszubauen und gegen alle Auffaugungstendenzen öffentlicher Arbeitsnachweise zu schützen. Dieser einseitige und engherzige Bünflerstandpunkt, der ausschließlich den Handwerksmeistern das Recht zugestehen will, über „ihre“ Lehrlinge zu herrschen und zu verfügen, hat zwar nicht zu hindern vermocht, daß sich die gegenteilige Auffassung nach und nach Geltung verschaffte, aber er ist der Errichtung gemeinnütziger Beratungs- und Vermittlungsstellen ungemein nachteilig gewesen. Nur langsam und zögernd sind solche Ein-

Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft bei dieser wichtigen Lehrlingsfrage nicht abseits stehen darf, sondern, gestützt auf ihre Erfahrungen, ihre Ansichten zur Geltung bringen muß. Jährlich verlassen in Leipzig rund 9000 Jugendliche die Volksschule. Nicht alle werden die Beratungsstelle in Anspruch nehmen. Aber immerhin wird die Zahl derjenigen, die Beratung suchen, allmählich so anwachsen, daß im Interesse der Jugendlichen, ihrer Eltern und vor allem im Interesse der einzelnen Gewerbe und der in diesen jeweils herrschenden Arbeits- und Lohnverhältnisse die Mitarbeit der organisierten Arbeiterschaft an solchen Einrichtungen immer mehr zur Notwendigkeit wird.

A. L.

Wirtschaftliche Rundschau.

Englands Handelskrieg. — Ausplünderung deutscher Unternehmungen. — Wiedervergeltungsmaßnahmen. — Fusion im Thyssen-Konzern. — Unburdensichtige Verhältnisse. — Einflußreiche Gegner. — Stahlwerk Pader. — Aufnahme der Maschinenfabrik Alb. Wesca u. Co. — Waggonfabriken. — Sächsische Waggonfabrik Werbau. — Finanzierungsgewinne.

Die englische Kolonialverwaltung hat kürzlich mitgeteilt, daß eine Liquidation der deutschen Handelsgesellschaften in Sansibar vorgenommen werde; es handelt sich dabei nach Londoner Berichten um die Deutsche Ostafrika-Gesellschaft Hansing u. Co., William O'Swald u. Co., Afritanische Handelsgesellschaft, Deutsche Ostafrika-Linie. Dieser Krieg gegen das Privateigentum deutscher Reichsangehöriger, den England sofort nach Ausbruch des Krieges unter Bruch der bis dahin anerkannten Grundsätze der Kriegsführung aufnahm, wird nach wie vor fortgesetzt. England begann mit der Internierung der deutschen Zivilbevölkerung in englischen Gebieten, verbot dann deutschen und österreichisch-ungarischen Firmen, neue Geschäfte zu machen, stellte die Firmen unter Zwangsverwaltung und löste deutsche Niederlassungen in den Kolonien zwangsweise auf, wobei diese Unternehmungen zu Schleuderpreisen verkauft wurden. Bekannt wurde unter anderem aus englischen Kolonialgebieten die Verfügung an die Liquidatoren deutscher Gesellschaften, daß nach Ablieferung des Uberschusses an eine von dem Gouverneur bestimmte Bank alle Bücher, Briefe und Belege, Abrechnungen und Dokumente, welche einem derartigen Feinde oder einer feindlichen Gesellschaft gehört haben, ebenso wie die Abrechnung des Liquidators selbst zu zerstören sind. Deutschlands Abwehrmaßnahmen beschränkten sich auf das notwendigste Maß und werden milde gehandhabt. Zwei bedeutende englische Gesellschaften, die in Deutschland ihren Sitz hatten, die Jasmah-Aktiengesellschaft, der Mittelpunkt eines Konzerns von Zigarettenfabriken und der deutschen Interessen des Tabaktrusts, sowie die Sunlight-Gesellschaft, wurden im Einverständnis mit den Vorbesitzern durch Kauf in deutsche Gesellschaften umgewandelt, wozu die Erlaubnis der Landescentralbehörden erforderlich war. Ohne Beispiel steht die Ausplünderung deutscher Unternehmungen durch die englische Verwaltung; diese Raubpolitik kennzeichnet Englands Ziele in dem Kriege gegen Deutschland.

Daß einheimische Firmen die uns aufgezwungene Behandlung von Unternehmungen des feindlichen

Auslandes, die stets nur, wie schon erwähnt, in der Abwehr erfolgte, auch zur Förderung ihrer privaten Interessen auszunutzen versuchen, mag dann und wann peinlich berühren, wenn in der Form der Reklame gesündigt wird, aber gelegentliche Vorgänge dieser Art dürfen unser Urteil über die Notwendigkeit kräftiger Wiedervergeltungsmaßnahmen nicht trüben. Wo unbegründet zu Wettbewerbszwecken die Verhinderung verbreitet wurde, daß an nichtdeutschen Gesellschaften Kapital des feindlichen Auslandes beteiligt sei, sind die Gerichte zum Schutz der betreffenden Gesellschaften sehr energisch eingeschritten. Frierig ist die Auffassung, daß aus der Zwangsverwaltung ausländischer Unternehmungen Nachteile für die bei ihnen tätigen Angestellten und Arbeiter entstehen müssen, denn die Bundesratsverordnung, die die Ueberwachung regelt, bestimmt, daß die bestellten Aufsichtspersonen unter Wahrung der Eigentums- und sonstigen Privatrechte des Unternehmens dafür zu sorgen haben, daß während des Krieges der Geschäftsbetrieb nicht in einer den deutschen Interessen widerstrebenden Weise geführt wird. Den deutschen Interessen würde es aber nicht entsprechen, wenn Entlassungen erfolgten, solange Vermögensbestände zur Bezahlung der Gehälter und Löhne vorhanden sind.

Auf die Verhältnisse in der mächtigen Gruppe der Unternehmungen des Großindustriellen August Thyssen wurde die Aufmerksamkeit durch die Ankündigung gelenkt, daß die Maschinenfabrik Thyssen u. Co., Akt.-Ges., in Mülheim-Ruhr bei der Generalversammlung beantragt, das Grundkapital von 1 Million Mark auf 10 Millionen bis 15 Millionen zu erhöhen und ferner um die Genehmigung einer Interessengemeinschaft und Fusion zwischen der Maschinenfabrik Thyssen u. Co. Akt.-Ges. und der offenen Handelsgesellschaft Thyssen u. Co. nachsucht. Ueber die Zwecke dieser Fusion besteht in Finanzkreisen allgemein Unklarheit; der Vorgang ist sehr ungewöhnlich, da die offene Handelsgesellschaft Thyssen u. Co. das Stammhaus und wirtschaftlich viel bedeutender ist, als die in Form einer Aktiengesellschaft betriebene Maschinenfabrik, von der das Stammhaus jetzt aufgenommen wird. Für das Finanzierungssystem Thyssens ist diese Operation charakteristisch, denn durch die Kapitalerhöhung der Maschinenfabrik auf 10 oder 15 Millionen Mark wird noch nicht entfernt ein Aktienbetrag geschaffen, der dem Umfang und Wert der Maschinenfabrik und des zurzeit von der offenen Handelsgesellschaft Thyssen u. Co. betriebenen Werks entspricht. Allein die Maschinenfabrik hat außer dem Kapital von 1 Million Mark und Reserven, die 1 Million Mark überschreiten, „Darlehen“ der offenen Handelsgesellschaft Thyssen u. Co., die Ende 1913 6¼ Millionen Mark betragen. Dividenden hat die Maschinenfabrik außer in dem Gründungsjahr 1911 nicht verteilt, was aber noch lange nicht auf den Stand ihrer Rentabilität schließen läßt. Es ist eine von Thyssen beliebte Methode, seine Aktiengesellschaften keine Dividende oder nur sehr kleine Dividenden verteilen zu lassen; sie wird dadurch möglich, daß Thyssen die Aktien dieser Gesellschaften nicht an den Markt bringt, also mit fremden Aktionären nicht zu rechnen braucht. Seinen Kapitalbedarf deckt er durch Inanspruchnahme von Krediten bei Banken, Vermögensverwaltungen, verschiedentlich verlautete auch von seinen Beziehungen zu Sparereorganisationen des Rheinlandes. Neben den schon erwähnten Firmen

richtungen ins Leben gerufen worden, und erst in jüngster Zeit scheint es damit etwas schneller voranzugehen.

Schon seit Oktober 1912 besteht eine solche Einrichtung für Groß-Berlin, deren Durchführung — nach einem Bericht im Arbeitsmarkt — so gedacht war, daß die Lehrerschaft die Schüler und Eltern über Ziele und Zwecke der Lehrstellenvermittlung aufklären und zur Inanspruchnahme raten soll, während die Berufsorganisationen dafür wirken sollen, daß die Centrale in Kenntnis der offenen Stellen gesetzt wird. Hier sind auch die Vormundschafsrichter angewiesen worden, sich der Centrale zu bedienen. Sodann hat der Verband märkischer Arbeitsnachweise im Anschluß an die Berliner Einrichtung die Gründung von Ortsausschüssen in allen größeren Orten geplant und vermutlich auch weiterverfolgt, um ein ganzes Netz gemeinnütziger Lehrvermittlungsstätten in der Provinz Brandenburg zu schaffen. Eine beim städtischen Arbeitsnachweis in Charlottenburg bestehende Einrichtung dieser Art wurde 1912 neu organisiert. Bei sämtlichen Knaben, die hier eine Lehrstelle suchen, wird die geistige und körperliche Eigenschaft festgestellt. Seit Jahren besteht auch eine Centrale für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in Frankfurt a. M., der unseres Wissens auch das dortige Gewerkschaftsartell angeschlossen ist. In neuester Zeit sind Halle, Stettin, Magdeburg, Leipzig und vielleicht auch noch andere Städte mit gleichen Einrichtungen gefolgt, und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß auch weiterhin mit solchen Gründungen zu rechnen ist. Gerade dieser letztere Umstand scheint aber dazu angetan, daß auch die organisierte Arbeiterschaft sich eingehender mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sich ihre Mitwirkung und ihren Einfluß sichert. Ist doch die Lehrlingsfrage von unseren Organisationen von jeher als äußerst bedeutungsvoll betrachtet und behandelt worden und haben doch gerade die Arbeiter als Eltern und als Angehörige bestimmter Berufe alle Ursache, zu verhindern, daß die Lehrlingsfrage einseitig und engherzig durch Handwerksmeister und Innungen erledigt werde.

Daß es nicht leicht ist, die zünftlerischen Einflüsse zu brechen und Einrichtungen gemeinnütziger Art durchzusetzen, dafür bietet die Errichtung der Leipziger Lehrlingsstelle einen schlagenden Beweis. Drei Jahre lang hat man sich ununterbrochen bemüht, um endlich am 1. Oktober 1915 die Beratungs- und Vermittlungsstelle in Wirksamkeit treten zu lassen. Im November 1912 war es, als die Leipziger Centrale für Jugendfürsorge, deren Vorsitzender der bekannte Kommentator der Gewerbeordnung, Reichsgerichtsrat Neufkamp, ist, mit einem öffentlich gehaltenen Vortrag über „Unsere soziale Verantwortung bei der Berufswahl der schulentlassenen Jugend“ den ersten Schritt zur Schaffung einer „Centralstelle zur Beratung für Schulentlassene bei der Wahl eines Berufes und zur Vermittlung von Lehrstellen“ unternahm. In dieser Versammlung trat auch schon die erste handwerksmeisterliche Opposition auf den Plan. Einer der Redner glaubte die geplante Einrichtung mit der kühnen Aeußerung abtun zu können, daß „die Gewerkschaften dem Handwerk entgegenkämpfen, weshalb es heute so wenig tüchtige Leute gibt und die Ordentlichkeit, Sittlichkeit und Tugend untergraben wird“. Die Centrale für Jugendfürsorge ließ sich durch diese Aeußerungen nicht beirren; sie suchte zunächst Anschluß beim paritätischen Arbeitsnachweis, legte schon nach kurzer Zeit einen

Satzungsentwurf für die künftige Organisation vor und versuchte, wie es in ihrem Aufruf hieß, eine vollkommen unparteiische, allen Interessen gerecht dienende Leitung zustande zu bringen. An der Spitze der Beratungs- und Vermittlungsstelle sollte ein Verwaltungsrat stehen, in dem vor allem auch die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in reichlichem Maße beratend und beschließend vertreten sein sollten, so daß z. B. jeder einzelnen Innung und jedem ihrer Verwaltungsorgane die Abordnung eines Vertreters mit beratender und beschließender Stimme zugestanden wurde, eine Vertretung, wie sie weitgehender nicht gedacht werden kann. Man glaubte damit die Handwerksmeister für die geplante Einrichtung zu gewinnen. Man irrte sich. Die Handwerksmeister verhielten sich nicht nur ablehnend, sondern ließen schon im Dezember 1912 durch ihre Gewerbeammer erklären, daß sie nichts gegen eine solche Einrichtung einzuwenden hätten, wenn die Gewerbeammer selbst eine solche Institution ins Leben rufe, aber niemals dürfe sie dem paritätischen Arbeitsnachweis angegliedert werden. Tatsächlich errichtete die Gewerbeammer eine eigene Lehrstellenvermittlung und ließ sie schon im Februar 1913 in Tätigkeit treten. Die Beteiligung anderer Kreise an dieser Einrichtung war und ist bis heute ausgeschlossen. Der Gewerbeammer gelang es, für ihre Einrichtung auch bei der städtischen und staatlichen Behörde Verständnis zu finden.

Von dem Plan der Jugendfürsorgecentrale hörte man seitdem nichts mehr. Aber im Stillen wurden Verhandlungen geführt, lange und schwierige Verhandlungen, um Jugendcentrale und Gewerbeammer zusammenzubringen. Endlich, im März, waren die Verhandlungen zu einem Abschluß gelangt. Die gemeinnützige Berufsberatung und Berufsvermittlung für Jugendliche sollte im Anschluß an den paritätischen Arbeitsnachweis errichtet werden, sollte aber, so wünschte es die Gewerbeammer, keine Lehrlinge für das Handwerk vermitteln. Ein äußerst komplizierter Verwaltungsrat war vorgesehen, und von der Stadt wurde ein Zuschuß von zunächst jährlich 4000 Mk. verlangt. Anfang Mai lehnten die Stadtverordneten dieses Ersuchen einstimmig ab. Die Mittelstandsvertreter aus grundsätzlicher Gegnerschaft, die Arbeitervertreter, weil die so verstümmelte Einrichtung keinerlei praktischen Wert haben konnte und die Vertreter der Erstklassigen, weil sie der Angelegenheit höchst gleichgültig gegenüberstanden. Damit war der ganze Plan abermals ins Wasser gefallen.

Nun hat der paritätische Arbeitsnachweis den einzig richtigen Weg beschritten, indem er in aller Stille und unbekümmert um die Gegner die schon bisher betriebene Stellenvermittlung für Jugendliche zu einer besonderen Abteilung umformte, die Berufsberatung mit anfügte und für diese Abteilung einen besonderen Beamten anstellte. Ein aus Lehrern, Ärzten, Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern bestehender Beirat ist gebildet worden. Bereits im ersten Monat des Bestehens der neuen Einrichtung, im Oktober, hat sich die Zahl der vermittelten Lehrstellen gegen den Vormonat verdoppelt. Nun soll durch Elternzusammenkünfte weiter für die Berufsberatung vorgegearbeitet werden, dann würden sich Lehrerschaft und Schulärzte intensiv der neuen Aufgabe widmen. Das Gewerkschaftsartell hat seine Mitarbeit zugesichert und bereits Vertreter für den Beirat bestellt, in der

gehört zum Konzern Thyssen die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, ein Zechen- und Hüttenbetrieb mit etwa 18 000 Arbeitern, ferner das Stahlwerk Thyssen in Hagendingen, das in seiner Bilanz 1914 bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark Kredite von 72,09 Millionen Mark auswies. Entscheidende Beteiligung hat die Firma Thyssen unter anderem an der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb in Duisburg-Weiderich, in der Oberbiller Stahlwerk-Akt.-Ges., an der Erzgewerkschaft Jacobus usw.

Mit der gefährlichen Gegnerschaft des Thyssen-Konzerns hatte bei seiner Gründung das Stahlwerk Beder, Akt.-Ges. in Willich, zu kämpfen, das in diesen Tagen durch Aufnahme eines Berliner Unternehmens zu einer Erweiterung geschritten ist. Einer der Gründer des im Jahre 1908 errichteten Stahlwerks Beder war vorher Direktor eines zum Thyssen-Konzern gehörenden Stahlwerks. Als er zur Errichtung des neuen Unternehmens schritt, erfolgten gegen ihn Anzeigen, die zu einem Verfahren führten, das später in allen Punkten niedergeschlagen wurde. Beder erklärte, daß ihm vor Niederlegung seiner Stellung ein Aufsichtsratsmitglied des Unternehmens geschrieben hätte, er, Beder, würde mit einem Schlage sein ganzes persönliches und geschäftliches Ansehen vernichten, wenn er sein Vorhaben, auszutreten, ausführe. Zur Finanzierung seines neuen Unternehmens hatte er Verbindungen mit einem Schweizer Finanzinstitut angeknüpft, gegen dessen Geschäftsgepflogenheiten die „Frankfurter Zeitung“ seinerzeit mancherlei Einwände erhob. Zu seiner Rechtfertigung erwiderte Beder damals in einer Zuschrift an das Frankfurter Blatt, daß seine Differenzen mit dem früher von ihm geleiteten Stahlwerk die Finanzierung seines Unternehmens in Deutschland unmöglich gemacht hätten. Die maßgebenden Industriellen im Aufsichtsrat jenes Stahlwerkes (dieser bestand damals aus Generaldirektor Franz Burger, August Thyssen, Karl Später junior, Kommerzienrat Peter Alsdörfer und Fritz Thyssen), so hieß es in der Erklärung weiter, hätten durch ihren Einfluß verhindert, daß die Herren Beder mit einem deutschen Bankinstitut die Finanzierung ihrer Gesellschaft durchführen konnten. Es seien von Beder Versuche mit einer stattlichen Anzahl von Bankinstituten und Firmen in Deutschland gemacht worden, alle mit dem gleichen negativen Erfolge, zum Teil unter ausdrücklichem Hinweis auf die Gegnerschaft der genannten Großindustriellen. Unter diesen Umständen seien die Herren Beder auf ausländisches Kapital angewiesen gewesen; sie hätten zuerst Verbindungen mit England gesucht und gefunden, diese aber im Hinblick auf den Gegensatz zwischen der deutschen und englischen Montanindustrie wieder aufgegeben. Dann sei man an das Schweizer Institut gekommen und mit diesem sei die weitere Finanzierung durchgeführt worden. Unseres Wissens blieb diese Darstellung, die nicht gerade wirtschaftsfriedliche Gesinnung bekundete, bis zum heutigen Tage unwidersprochen. Von der Kriegskonjunktur hat das Stahlwerk Beder außerordentlich stark profitiert, es brachte für 1914/15 eine Dividende von 25 Proz. zur Verteilung. Das Berliner Unternehmen, das die Beder-Gesellschaft sich jetzt angliederte, ist die Alb. Jescsa u. Co. Maschinenfabrik- und Eisengießerei-Akt.-Ges., Berlin-

Reinickendorf-Ost. Es stellte bisher Maschinen für die Zuderindustrie her und betrieb seit kurzem die Fabrikation von Aufzügen für Personen und Lasten. Diese Betriebszweige wird die Beder-Akt.-Ges. wohl eingehen lassen, um Kriegsmaterialien herzustellen.

Auch die Waggonfabriken gehören zu den Betrieben, deren Kriegsgeschäft sich meist recht erfolgreich gestaltet. Von der Sächsischen Waggonfabrik in Werdau, die in den letzten Jahren Dividenden von 20 Proz. verteilte, wurde eine Kapitalerhöhung um 600 000 Mk. auf 2,6 Millionen Mark beschlossen. Den Aktionären wird auf je 5 alte Aktien der Bezug einer neuen Aktie zum Kurse von 120 Proz. angeboten. Bei dem hohen Kurse der alten Aktien ergibt sich für die Aktionäre aus dem Erwerb der neuen Aktien ein ganz netter Nebengewinn. Nun beanspruchen die den Aktionären zur Verfügung gestellten Aktien aber nur den Betrag von 400 000 Mk., es bleiben 200 000 Mk. der neuen Aktien verfügbar. Wer diesen Rest übernimmt, ist in den vorliegenden Berichten nicht gesagt. Möglich wäre, daß die Gesellschaft sich die Verfügung darüber selbst vorbehält, häufig pflegt jedoch das an einem Unternehmen interessierte Finanzkonsortium solche „Reste“ zu dem Ausgabekurs unter Verpflichtung der Zahlung der Kosten der Kapitalerhöhung zu übernehmen. In dem vorliegenden Falle würde das für das Konsortium einen glatten Gewinn von circa 260 000 Mk. bedeuten. Zu rechtfertigen sind derartige Finanzierungsgewinne natürlich nicht.

Berlin, den 8. Dezember 1915.

Julius Kaliski.

Soziales.

Der Krieg und das Geburtenproblem.

Der Weltkrieg, in dem Deutschland in so hohem Maße verwickelt ist, zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, daß ungeheure Opfer an Gut und Blut erforderlich sind, um unsere Landesgrenzen im Osten und Westen erfolgreich zu schützen.

In den letzten Jahren ist viel über das Geburtenproblem geschrieben worden und nicht wenige Schriftsteller haben auf Frankreich verwiesen, wo zwar vieles, wie wir wissen, erfolglos getan wird, um die Bevölkerungsziffer wenigstens stabil zu halten oder gar noch relativ und absolut zu steigern. Indes haben die Erfahrungen zur Genüge gezeigt, daß alle diese mehr oder weniger künstlichen Mittel zur Steigerung der Bevölkerungsziffer an dem Willen der Bevölkerung scheiterten. Uebrigens können wir in anderen Ländern dieselbe Erscheinung beobachten, ohne daß es möglich wäre, eine restlos befriedigende Antwort zu bekommen.

Zweifellos sind die Erwerbsverhältnisse, der für die minder und unbemittelte Bevölkerung seit Jahren zu beobachtende erbitterte Kampf ums Dasein nicht ohne Schuld an diesem im allgemeinen zu beklagenden Zustand. Die Literatur, die über diesen Gegenstand schon zu Bergen angeschwollen ist, wird nach dem Kriege noch eine Steigerung erfahren und gerade die Kreise, die von einer erhöhten Kinderzahl für sich nichts wissen wollen, werden die Geseßgebung und noch manches mehr aufbieten, um die breiten Massen der Bevölkerung auf die Notwendigkeit einer großen Kinderzahl hinzuweisen. Es handelt sich nach ihrer Meinung nicht allein darum, für das Militär ein ausreichendes Rekrutenkontingent zu

schaffen, sondern auch der Industrie, Landwirtschaft, dem Handel und Gewerbe, kurzum der ganzen Volkswirtschaft recht viele und brauchbare Arbeitskräfte zuzuführen.

Deutschland ist im Gegensatz zu Frankreich ein in bezug auf Bevölkerungswachstum reiches Land geworden. In den letzten Jahren hat das für Berlin und andere deutsche Städte bearbeitete Bevölkerungsmaterial ergeben, daß wir uns noch nicht allzu große Sorgen zu machen brauchen, um an ein rückfließendes oder nur stabil bleibendes Deutschland zu denken. Der absolute und relative Geburtenüberschuß über die Sterbefälle ist noch in reichlichem Maße vorhanden und die ärztliche Wissenschaft ist sogar der Meinung, daß, wenn wirklich ein geringes Zurückgehen des bisherigen Bevölkerungsüberschusses zu konstatieren ist, ein Ausgleich stattfindet dadurch, daß die Bekämpfung der allgemein verbreiteten Krankheiten (wie Tuberkulose, Wochenbettfieber usw.) staunenswerte Fortschritte mache. Nichtsdestoweniger erscheinen auch den Wissenschaftlern und Staatsmännern die mancherlei Sorgen gerechtfertigt, weil doch der Rückgang des Geburtenüberschusses nicht aus der Welt zu schaffen ist. Denn wenn wirklich die Bekämpfung der oben genannten Krankheiten erfolgreiche Fortschritte macht, so werden doch nicht alle Krankheiten verschwinden oder gar die Sterblichkeit aufhören, die auf Krankheiten zurückzuführen sind. Von dem großen Problem wird trotz heißen Bemühens immer ein Rest bleiben, der in der Natur der Dinge zu suchen ist und wahre innere Befriedigung nicht auslösen kann.

In den Kriegsnothilfen, die in allen Gemeinden Deutschlands eingerichtet sind, kann man wohl am besten Einblicke gewinnen über die tatsächlichen Familienverhältnisse, den Kinderreichtum oder die Kinderarmut. Was hier an Quellenmaterial vorhanden ist, muß den statistischen Bureaus der Städte zur Bearbeitung überlassen werden. Diese müssen, mit den modernsten Forschungsmitteln, Beobachtungen und Erfahrungen ausgerüstet, sich bemühen, Licht in das Dunkel, das sich schon jetzt zu erhellen beginnt, zu bringen. Dann erst wird die Gesetzgebung, wenn überhaupt nötig, den einen oder anderen Weg zu wählen haben, um dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht nur in seinem Innern stark bleibt, sondern auch noch stärker wird.

Ich habe als Mitglied einer städtischen Kriegsrathilfe statistische Auszüge gemacht, die vielleicht einige Anhaltspunkte dafür bieten, wie und in welchem Grade denn überhaupt von einem Geburtenrückgang gesprochen werden kann. Es handelt sich um die Erforschung der Familienverhältnisse von 1012 Personen, deren Männer im Felde sind und für sich und ihre Kinder um außerordentliche Unterstützungen, neben den gemeindlichen und Reichsunterstützungen nachzusuchen pflegen. Davon hatten

| | | |
|-----------------------|-----------------|-----------------------|
| 8 Frauen | unter 20 Jahren | je 1 Kind |
| Von 20 bis 25 Jahren: | | |
| 68 Frauen | je 1 Kind | 8 Frauen je 3 Kinder |
| 32 " | je 2 Kinder | |
| Von 25 bis 30 Jahren: | | |
| 40 Frauen | je 1 Kind | 8 Frauen je 4 Kinder |
| 60 " | je 2 Kinder | 4 " je 5 " |
| 60 " | je 3 " | |
| Von 30 bis 35 Jahren: | | |
| 24 Frauen | je 1 Kind | 36 Frauen je 6 Kinder |
| 4 " | je 2 Kinder | 4 " je 7 " |
| 36 " | je 3 " | 4 " je 8 " |
| 40 " | je 4 " | 4 " je 10 " |
| 52 " | je 5 " | |

Von 35 bis 40 Jahren:

| | | |
|-----------|-------------|-----------------------|
| 24 Frauen | je 1 Kind | 28 Frauen je 6 Kinder |
| 28 " | je 2 Kinder | 28 " je 7 " |
| 8 " | je 3 " | 4 " je 9 " |
| 52 " | je 4 " | 4 " je 10 " |
| 48 " | je 5 " | |

Von 40 bis 45 Jahren:

| | | |
|----------|-------------|-----------------------|
| 4 Frauen | je 1 Kind | 16 Frauen je 4 Kinder |
| 12 " | je 2 Kinder | 24 " je 5 " |
| 24 " | je 3 " | 16 " je 6 " |

Rund 200 Frauen über 45 Jahre hatten zusammen 631 Kinder. Charakteristisch in diesen Zahlen ist die Tatsache, daß noch recht viele Frauen dieses Alters Kinder bekommen.

Wenn aus den Personalbogen festgestellt werden muß, daß trotz vieljähriger Ehe nur 1 Kind oder gar 2 und 3 Kinder die Regel sind, so kann man allerdings annehmen, daß in den Arbeiterfamilien — denn um solche handelt es sich in der vorliegenden Statistik — die hohe Kinderzahl keineswegs mehr gewünscht wird.

Ich plädiere dafür, daß die Peinung der Präventivmittel unterbleiben müsse und dafür der Ausbau der Sozialgesetzgebung lebhafter zu betreiben sei. Die Familienversicherung in der Krankenversicherung muß obligatorisch sein, die rechtliche Anerkennung der unehelichen Kinder in der Gesetzgebung besser fundiert, die Lebenslage der unteren Klassen mit allen Kräften so gehoben werden, daß es den Eltern ein Vergnügen sei für recht viele Kinder zu arbeiten und zu sorgen.

L. Radlof.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaften und innere Parteidifferenzen.

Seit alters her ist es in der Arbeiterbewegung üblich, daß wenn in der Partei ein Meinungsstreit ausbricht, sofort Stimmen laut werden, diesen Streit auf die Partei zu beschränken und die Gewerkschaften davor zu bewahren. Die Motive, die einer solchen Stellungnahme zugrunde liegen, sind allerdings verschieden. Der eine Teil erklärt, das ist eine Parteiangelegenheit und geht die Gewerkschaften überhaupt nichts an, sucht dafür aber selbst um so eifriger seine Meinung und Stellungnahme in einem solchen Streit in der Gewerkschaft zur Geltung zu bringen. Dem anderen Teil ist es in erster Linie die Sorge um die Einigkeit der Gewerkschaften, die ihm seine Haltung diktiert. Ein innerer Streit ist der Partei auch nicht gerade förderlich, aber auf die Gewerkschaften übertragen, wirkt er ungleich schädlicher, da er nicht nur die Anziehungskraft hemmt, sondern auch ihre Aktionsfähigkeit mehr wie die der Partei zum Schaden der Arbeiter unterbindet.

Von einem solchen oder ähnlichen Gedankengang haben sich wohl auch die Verfasser der Resolution leiten lassen, die auf einer Konferenz der Angestellten des Centralverbandes der Schuhmacher angenommen wurde. Die Absichten, die dieser Resolution zugrunde gelegt sind, in allen Ehren. Die Resolution will der Einigkeit in der Arbeiterbewegung dienen. Es erhebt sich aber doch die Frage: war es wirklich notwendig, daß die Konferenz der Angestellten des Schuhmacherverbandes sie fassen mußte und sich selbst obendrein einen solchen Maulkorb anlegen, der

Erfurter Programms heiliger Ernst. Nicht mit der Phrase „wir bleiben die Alten“ oder einer mehr oder weniger gutgespielten Revolutionsphantastik wollen sie ihren Mitgliedern dienen, sondern dadurch, daß sie ihnen von einem Tag zum anderen mehr und mehr die Anteilnahme an den Schätzen und Gütern der Kultur erkämpfen wollen. Wer sie bei dieser hohen Mission zu stören sucht, der ist kein Freund der Arbeiter und wenn ihm das Wort Freiheit noch so oft von den Lippen kommt. Und wenn die Gewerkschaften gegen eine solche Störung entschieden Front machen, so nehmen sie damit nicht zum Parteifreistellung, sondern erfüllen eine Pflicht, die jedem ihrer Mitglieder schon durch die bloße Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation vorgezeichnet ist.

Stuttgart.

H. Dreher.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

„Der Grundstein“ beschäftigt sich in einem Artikel „Tariferneuerung in schwerer Zeit“ mit den bevorstehenden Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Einleitend erinnert er an die Stimmungen der Einmütigkeit in den ersten Monaten des Krieges mit dem allseitigen guten Willen, die strittigen Fragen im Geiste der höheren Einheit zu lösen. Sechzehn Monate sind seitdem vergangen, die starken Eindrücke jener Zeit und ihre Wirkungen sind schwächer geworden. Ansichten und Strebungen, die aus den materiellen Bedürfnissen fließen, machen sich wieder geltend. Das ist ein unvermeidlicher Vorgang. Die Arbeiterklasse als die jüngste der Gesellschaftsklassen sei leicht dazu geneigt, die Wirkung ideologischer Kräfte zu überschätzen. Daraus ergeben sich später Enttäuschungen, aus denen das gleiche Bestreben sich herausbilden wird, mit der gleichen geschäftsmäßigen Kühle und Berechnung zu handeln, wie es die anderen Klassen tun. Das Blatt verweist auf die Erfahrungen der Kriegszeit, auf die abgelehnten Teuerungszulagen und schließlich auf einen Artikel in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, der sich mit dem Ablauf der baugewerblichen Tarifverträge beschäftigt und den Arbeitern klarmachen will, daß sie es als einen Erfolg buchen können, wenn es ihnen gelingt, die Löhne im Baugewerbe auf der bisherigen tariflichen Höhe zu erhalten. Wenn das die Auffassung in den leitenden Kreisen der Bauarbeitgeber sein würde, dann darf man die Hoffnungen auf eine glatte Erneuerung der Verträge nicht besonders hoch spannen. Da aber das Klappern zum Handwerk gehört, braucht man vieles von diesem Wunschzettel nicht so tragisch zu nehmen. Der „Grundstein“ kommt dann zum folgenden Schluß:

„Es wird voraussichtlich in nicht allzu langer Zeit zu Verhandlungen kommen. Die Schwierigkeiten dabei werden, das dürfte aus den angeführten Äußerungen des Unternehmerblattes hervorgehen, außerordentlich groß sein. Für die Gewerkschaften handelt es sich in erster Linie um einen Ausgleich der Spannung zwischen den Kosten des Lebensunterhalts und den tariflichen Löhnen. Das steht naturgemäß im Vordergrund. Ob es angezeigt ist, darüber hinaus die für notwendig erkannten Reformen im Aufbau unseres Vertragswesens bei diesen Verhandlungen in Angriff zu nehmen, wird sich erst herausstellen, wenn sich die allgemeine Lage mehr geklärt hat. Die Gewerkschaften werden mit dem redlichen Willen an die Aufgabe herantreten, sie zu lösen, wie es die im Vordergrund stehenden Interessen der Volksgemeinschaft verlangen.“

Im Fabrikarbeiterverbände waren am 20. November 0,7 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Eine Minderung gegenüber der Vorwoche ist nicht eingetreten.

Die „Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung“ berichtet über die von ihrer Seite ausgegangenen Bestrebungen, ein Zusammenwirken der gärtnerischen Arbeitnehmerorganisationen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen herbeizuführen, die in gleichem Maße die drei Organisationen interessieren. Während die christliche Organisation sich zustimmend geäußert hat, lehnt der Verband der Privatgärtner unter einem wichtigen Vorwand ein solches Zusammenwirken ab. Dieser unterstellt dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, einem „sozialdemokratischen Verbände“ (gemeint ist die Generalkommission), angeschlossen zu sein, woran das Zusammenwirken scheitern müßte. Diesen Unsinn nochmals verzapft zu haben in einer Zeit, wo die höchsten Reichsbehörden täglich mit unseren Gewerkschaften über die bedeutungsvollsten Fragen der Volkswirtschaft verhandeln, bei der Lösung dieser Fragen also mit uns „zusammenwirken“, läßt mehr auf bösen Willen als auf Dummheit schließen und verdient deshalb auch an dieser Stelle festgehalten zu werden.

Der Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes hat beschlossen, den Familien der Kriegsteilnehmer und den arbeitslosen Mitgliedern eine besondere Weihnachtsunterstützung zu gewähren.

Einen gleichen Beschluß hat der Verbandsbeirat des Malerverbandes auf Antrag des Vorstandes gefaßt. Hier erhalten jedoch nur die ausgesteuerten oder noch nicht unterstützungsberechtigten arbeitslosen Mitglieder neben den Kriegerfamilien die Weihnachtsunterstützung. — Außerdem beschloß der Beirat u. a., eine Generalversammlung des Verbandes zum kommenden Frühjahr in Aussicht zu nehmen.

Vorstand und Ausschuß des Zimmererverbandes beschlossen ebenfalls, den Familien der Kriegsteilnehmer eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Gegenüber den früheren Unterstützungen für Kriegerfamilien wurde diesmal eine Erhöhung um je eine Mark auf 7, 8 und 9 Mk., je nach der Beitragsklasse, beschlossen.

Die holländischen Gewerkschaften während des Krieges.

Die N. V. B. (holländische Gewerkschaftszentrale) hat, wie jedes Jahr, die Statistik der Mitgliederzahl, Finanzen usw. während des Jahres 1914 veröffentlicht.

Am 1. Januar 1914 waren angeschlossen 35 Organisationen mit 84 478 Mitgliedern, am 1. Januar 1915 ebenfalls 35 Organisationen mit 87 611 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl war aber am 1. Juli 1914 schon 90 382. Unter dem Einfluß des Krieges wurden also in den ersten Monaten fast 3000 Mitglieder verloren. Gegenwärtig sind schon wieder mehr als 90 000 Mitglieder angeschlossen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich in diesem Jahre von 4356 auf 4330 verringert.

Am 1. Januar 1915 gab es insgesamt 3373 Vereinigungen mit 227 391 Mitgliedern. Davon waren 28 068 organisiert in örtlichen Vereinen und 199 323 in Centralverbänden. Also 87,6 Proz. Und von diesen allen sind 38,52 Proz. angeschlossen bei dem N. V. B. Dieser Prozentsatz ist alljährlich gestiegen.

doch den einen oder anderen von ihnen, je nachdem er eine Stellung in Gewerkschaft und Partei bekleidet, in einen Gewissenskonflikt bringen muß.

Sicherlich wird kein seiner Verantwortung sich bewußter Gewerkschafter, ganz gleich ob er auf vorgeschobenem Posten steht oder als einfaches Mitglied seine Pflicht erfüllt, die Neigung in sich verspüren, den in der Partei tobenden Meinungsstreit ohne Not auf die Gewerkschaften auszudehnen und sie solchen Erschütterungen auszusetzen, wie es gegenwärtig in der Partei durch die überradikale und disziplinlose Haltung einer kleinen Minderheit der Fall ist.

Rein oberflächlich betrachtet, oder unter anderen Umständen, als wie wir sie gegenwärtig durchleben, kann man der Forderung und dem Verlangen, die Gewerkschaften vor dem Hineintragen des Parteistreites zu bewahren, nur mit Freuden zustimmen. Wer sich jedoch mit dieser Frage beschäftigt, der hat auch gewissenhaft zu prüfen, ob der gegenwärtige Parteistreit wirklich nur noch ein Streit ist von mehr oder weniger leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über Fragen des Prinzips und der Taktik des Programms der Partei, oder ob ein Teil der Streitenden nicht bereits dazu übergegangen ist, den Gewerkschaften gegenüber eine Haltung einzunehmen und Handlungen zu vollziehen, die ihre Interessen bedroht und zu der sie im Interesse ihrer Mitglieder nicht mehr schweigen können. So wie die Dinge sich entwickelt haben, sind die Kardinalfragen heute die: Haben die Gewerkschaften in diesem Streit der Meinungen still zu sitzen und um des faulsten Friedens willen zu allem, was auch ihnen gegenüber geschieht, Ja und Amen zu sagen, oder haben sie als selbständige Organisationen nicht das Recht und die Pflicht zu prüfen, inwieweit das Vorgehen der Pannekoek, Sobelsohn u. Co. und ihrer Hintermänner sie zu einer berechtigten Abwehr zwingt?

Die Gewerkschaften haben das größte Interesse an der Einheit und Einigkeit der Partei. Ihre Einheit ist eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Erreichung des gesteckten Zieles. Wer die Entwicklung des Parteistreites seit einiger Zeit aufmerksam verfolgt hat, der wird allerdings mit tiefer Befürchtung feststellen müssen, daß die Einheit der Partei schwer gefährdet ist, in Württemberg bereits zu einer Spaltung an mehreren Orten geführt hat. Die Gewerkschaften haben die Partei mit der Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden beauftragt. Man braucht den Parlamentarismus nicht als Allheilmittel zu betrachten, kann aber doch der Meinung sein, daß er eine wertvolle und unentbehrliche Waffe ist im Kampfe des Proletariats um seine Gleichberechtigung. Mancher Erfolg ist ihm auch zu verdanken. Die Gewerkschaften haben keine Lust, auf diese Waffe zu verzichten, und wenn durch die Treibereien einzelner, die den Boden unter den Füßen verloren haben, die Einheit der Partei in Gefahr kommt und so die Waffe des parlamentarischen Kampfmittels stumpf und unbrauchbar zu werden droht, so ist dies eine Sache, an der die Gewerkschaften nicht achtlos vorübergehen dürfen. Sie tragen damit aber nicht den Parteistreit in die Gewerkschaften hinein, sondern wehren pflichtgemäß einen je schädigenden Vorgang ab.

Die Verantwortung, die auf den Gewerkschaften ruht und ihre Forderungen, die sie an den Gesetzgeber zu stellen haben, sind nicht gering. Es sei nur an die Forderung eines freiheitlichen Vereins- und Versammlungsrechts, an die Sicherung der Koali-

tionsfreiheit, an die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung, einer gerechten Regelung der Arbeitsnachweisfrage sowie den Ausbau der bestehenden Arbeiterschutzgesetze und der Sozialgesetzgebung erinnert. Nach dem Kriege wird sich die Verantwortung der Gewerkschaften und ihre Forderungen an den Gesetzgeber um vieles steigern. Damit wächst aber auch naturgemäß ihr Interesse an der Einheit und Einigkeit der Partei. Der gegenwärtige Zustand ist nicht gerade ermutigend, legt den Gewerkschaften aber die Pflicht auf, die Vorgänge aufmerksam zu verfolgen. Die Vorgänge im württembergischen Landtag und auf dem Stuttgarter Rathaus sind tiefbedauerliche Erscheinungen und liefern bereits einen recht bitteren Vorgeschmack zu dem, was werden wird, wenn die alles verneinenden Katastrophenpolitiker ihre Treibereien nach dem Kriege fortsetzen.

Diese Volksbeglucker sind sich einig darüber, daß sie nicht nur innerhalb der Partei von rechts und links auf Widerstand stoßen, sondern daß ihnen die schärfste und unbeugsamste Gegnerschaft aus den Gewerkschaften erwächst. Mit allen Mitteln wird deshalb versucht, den unbequemen Gegner unschädlich zu machen. Um dies zu erreichen, wird bei jeder sich bietenden, oft an den Haaren herbeigezogenen Gelegenheit den Arbeitern gesagt, daß der in den Gewerkschaften herrschende Geist die Partei zur Versumpfung gebracht habe, daß die Gewerkschaftsangeestellten gar keine Sozialdemokraten mehr seien, sondern linksstehende bürgerliche Reformpolitiker, die im Opportunismus aufgeben. Ihre Stellung wird bei den Mitgliedern in demagogisch raffinierter und unehrlicher Weise gegen sie ausgespielt. Von den persönlichen Herabwürdigungen sei hier gar nicht die Rede. Der Unfuss wird verbreitet, die Gewerkschaftsangeestellten streben danach, mittelbare Staatsbeamte zu werden. — Die Generalkommission der Gewerkschaften irrt übrigens, wenn sie glaubt, dieser Unfuss habe seine Auferstehung erst in jüngster Zeit gefeiert. Er wurde vielmehr in Stuttgart schon im November des vorigen Jahres kolportiert. Die Einrichtungen der Gewerkschaften werden in den Not gezogen. Die Gewerkschaftsangeestellten, die gegen eine solche systematische Verhegung und Zerstörung der Einheit der Arbeiterbewegung Front machen, sucht man dadurch unmöglich zu machen, daß man sie als Verräter verschreit. Diese ganze Ministerarbeit dient dem ausschließlichen Zweck, einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Mitgliedern und den von ihnen selbst gewählten Angestellten zu schaffen. Ist erst das Vertrauen der Mitglieder zu ihren Führern beim Teufel, so hofft man, wird sich alles andere schon von selbst finden.

Zu diesem allem sollen die Gewerkschaften nichts zu sagen haben? Ruhig und gelassen sollen sie stillhalten und zusehen, wie man sie abschachtet? Nicht einmal soll es ihnen gestattet sein, die gegen sie gerichteten Angriffe und Anschuldigungen in ihrer Presse und in ihren Zusammenkünften auch nur abzuwehren? Von ihnen wird verlangt, daß sie die Neutralität bis zur Selbstverleugnung treiben, während eine Handvoll unbelehrbarer Unentwegter den Scheiterhaufen schichtet, auf dem sie verbrannt werden sollen. Die Behauptung dieser, die Gewerkschaftsangeestellten trügen den Parteistreit in die Gewerkschaften hinein, ist nichts als eine schlecht gespielte Komödie, gespielt nach der Regel: Galtet den Dieb. Die Gewerkschaften haben gar keine Zeit, sich mit prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten, die in der Partei herrschen, zu befassen. Ihnen ist es mit der Verwirklichung des zweiten Teiles des

| 1. Januar | Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder | Davon angeschlossen beim N. B. B. | Mitgliederzahl des N. B. B. in Prozenten von der Gesamtzahl der Organisierten |
|-----------|------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 1907 | 128 845 | 26 200 | 20,33 |
| 1908 | 140 000 | 32 334 | 23,09 |
| 1909 | 145 000 | 36 685 | 25,30 |
| 1910 | 143 850 | 40 660 | 28,26 |
| 1911 | 153 689 | 44 378 | 28,88 |
| 1912 | 169 144 | 52 195 | 30,86 |
| 1913 | 189 030 | 61 447 | 32,51 |
| 1914 | 220 275 | 84 434 | 38,33 |
| 1915 | 227 391 | 87 598 | 38,52 |

Das Verhältnis zu den übrigen Landescentralen geht aus den folgenden Ziffern hervor:

| Am 1. Januar | Nat. Arb.-Sekretariate (anarchistisch) | N. B. B. | Chr.-Nat. Fachverband (protest. christlich) | Misch-fachverband | Neutr. Fachverband | Sämtliche Centralen |
|--------------|--|----------|---|-------------------|--------------------|---------------------|
| 1907 | 3,88 | 20,33 | — | — | — | — |
| 1910 | 2,40 | 28,27 | 4,58 | 8,10 | — | 42,35 |
| 1911 | 3,41 | 28,88 | 4,87 | 10,11 | — | 47,27 |
| 1912 | 3,65 | 30,86 | 4,61 | 9,70 | — | 48,82 |
| 1913 | 4,28 | 32,51 | 4,20 | 11,16 | 1,50 | 53,66 |
| 1914 | 4,40 | 38,33 | 5,— | 13,19 | 1,75 | 62,67 |
| 1915 | 4,06 | 38,52 | 5,42 | 15,51 | 2,06 | 65,57 |

Die Anzahl der Ortsabteilungen stieg auf 1074.

Infolge des Krieges sind die Einnahmen sehr viel geringer geworden, wie im Anfang des Jahres geschätzt wurde. Der Diamantarbeiterverband hat 141 000 Gulden weniger an Beiträgen erhalten, die übrigen Organisationen 51 000 Gulden, insgesamt 192 000 Gulden. Aber die Summe der gesamten Beiträge ist doch noch bedeutend höher als im Jahre 1913. Die holländischen Organisationen sind immer bestrebt, ihre Beiträge zu erhöhen. Die Gesamteinnahmen waren 1 553 970,29 Gulden, davon 854 873,10 Gulden an Beiträgen. Die Gesamtausgaben waren aber 2 056 657,12 Gulden. Einen Kassenbestand gab es am 1. Januar 1915 von 1 491 398,79 Gulden. Davon hatte der Diamantarbeiterverband allein 1 194 426,04 Gulden.

Unter dem Berausgaben finden wir während des Jahres 1914:

| | Gulden |
|-------------------------------------|---------------------------|
| Presse | 68 600,41 ⁵ |
| Propaganda | 27 418,86 ⁵ |
| Generalversammlungen | 11 643,06 |
| Gehälter | 128 013,07 |
| Verwaltungskosten | 47 431,10 ⁵ |
| Streiks und dergleichen | 183 863,06 |
| Krankenunterstützung | 120 551,68 |
| Sterbefallunterstützung | 24 164,— |
| Arbeitslosenunterstützung | 1 174 898,50 ⁵ |
| Sonstige Unterstützungen | 7 478,55 |

In bezug auf den Krieg sind die Einnahmeziffern vor dem 1. August und nach dem 1. August in der Statistik aufgenommen. Sie sind bis zum 1. August 611 140,12 Gulden und während der letzten fünf Monate 243 570,83 Gulden.

Wie schlecht es in der Diamantindustrie aussieht, geht hervor aus den empfangenen Beiträgen

des letzten Jahres. Der Diamantarbeiterverband vereinnahmte im Jahre

| | Gulden |
|----------------|------------|
| 1910 | 665 462,65 |
| 1911 | 652 620,50 |
| 1912 | 577 635,20 |
| 1913 | 488 602,55 |
| 1914 | 249 056,90 |

Dabei hatte sich die Mitgliederzahl doch seit 1910 noch gesteigert.

Daß auch in finanzieller Hinsicht die holländischen Gewerkschaften immer stärker geworden sind, sieht man aus dem Zuwachs des Kassenbestandes der Organisationen (mit Ausnahme des Diamantarbeiterverbandes).

Kassenbestand am 31. Dezember in Gulden:

| | |
|----------------|-----------|
| 1908 | 42 026,— |
| 1909 | 52 748,— |
| 1910 | 60 092,— |
| 1911 | 93 988,— |
| 1912 | 141 483,— |
| 1913 | 213 752,— |
| 1914 | 296 971,— |

Damit die Verbände ihre Kampfesfähigkeit nicht verlieren, wird jedes Jahr auch untersucht, ob das Unterstüßungswesen nicht in der Tätigkeit der Organisationen einen zu großen Platz einnimmt. Mit Ausnahme des Diamantarbeiterverbandes (der immer bei diesen Untersuchungen ausgeschaltet wird wegen seiner Ausnahmestellung in der holländischen Bewegung) verausgaben die Verbände für Unterstüßungszwecke in

| | | |
|----------------|-------|--------------------|
| 1910 | 26,06 | Proz. der Beiträge |
| 1911 | 22,57 | " " " |
| 1912 | 18,56 | " " " |
| 1913 | 15,87 | " " " |
| 1914 | 27,28 | " " " |

Hierin sind Streikunterstützungen nicht einbezogen.

Daß auch in der Finanzentwicklung die Gewerkschaften der N. B. B. am besten stehen, zeigen die folgenden Ziffern:

| | Durchschnittlich war pro Mitglied und pro Jahr der Beitrag an | | | | | |
|--|---|----------|-----------|----------|-----------|----------|
| | in 1911 | | in 1912 | | in 1913 | |
| | Ein-nahme | Aus-gabe | Ein-nahme | Aus-gabe | Ein-nahme | Aus-gabe |

| | in Gulden | | | | | |
|---|---------------------|---------------------|----------------------|----------------------|----------------------|-------|
| Für die gesamte Bewegung | 10,95 | 7,99 | 10,97 | 8,02 | 11,39 | 9,21 |
| Für die gesamte Bewegung (mit Ausnahme d. Diamantarbeiterverbandes) | 5,69 | 5,04 | 6,26 | 5,39 | 7,42 | 6,57 |
| Für d. gesamten Verbände des N. B. B. | 21,31 | 14,78 | 20,01 | 14,02 ^{1/2} | 16,68 | 16,57 |
| Für den Diamantarbeiterverband | 77,59 | 45,35 | 75,47 ^{1/2} | 43,97 | 71,77 ^{1/2} | 61,19 |
| Für die Verbände d. N. B. B. (mit Ausnahme d. Diamantarbeiterverbandes) | 8,44 | 7,78 | 9,46 | 8,33 | 11,01 | 10,66 |
| Für die Verbände d. Prot.-Christlichen | 5,78 ^{1/2} | 5,15 | 7,09 | 7,08 | 8,21 | 8,10 |
| Für die Verbände d. Misch-katholisch. | 5,53 | 5,25 | 4,18 | 3,29 | 3,99 | 3,09 |
| Für die Verbände d. Neutralen | — | — | 4,31 | 4,21 | 14,67 | 12,24 |
| Für die Anarchisten | 1,95 | 1,70 | 3,09 ^{1/2} | 2,62 | 1,98 | 2,10 |
| Für die Verbände, die keiner Centrale angeschlossen . . | 3,78 | 3,20 ^{1/2} | 4,— | 3,21 | 4,08 | 3,27 |

17
gli
trä
pro
we
lan
Ja
81
932
191
glie
Glar
Voll
ten
Zeit
der
dafür
der
Zeit
Zent
licher
Es f
Krieg
Ober
erit
Bon
durch
Marx
bis je
Feuer
Heilbr
lingen
bauen
mit 1
55 Ge
Die i
Stuttg
rungs
mehr,
anläßl

An Beiträgen werden jetzt bezahlt:

| 808 Mitgl. bis auf | von | 5 | ots. *) p. Woche |
|--------------------|-----|--------------------------------|--|
| 4 605 | " | 5 | — 7 ¹ / ₂ " " " |
| 3 586 | " | 8 | — 10 " " " |
| 4 469 | " | 10 ¹ / ₂ | — 12 ¹ / ₂ " " " |
| 8 051 | " | 18 | — 15 " " " |
| 6 937 | " | 15 ¹ / ₂ | — 17 ¹ / ₂ " " " |
| 9 512 | " | 18 | — 20 " " " |
| 5 742 | " | 20 ¹ / ₂ | — 22 ¹ / ₂ " " " |
| 14 761 | " | 28 | — 25 " " " |
| 3 618 | " | 25 ¹ / ₂ | — 27 ¹ / ₂ " " " |
| 3 900 | " | 28 | — 30 " " " |
| 1 421 | " | 30 ¹ / ₂ | — 32 ¹ / ₂ " " " |
| 2 475 | " | 38 | — 35 " " " |
| 355 | " | 35 ¹ / ₂ | — 37 ¹ / ₂ " " " |
| 926 | " | 38 | — 40 " " " |
| 58 | " | 45 ¹ / ₂ | — 47 ¹ / ₂ " " " |
| 17 158 | " | unbekannt u. mehr als | 47 ¹ / ₂ " " " |

*) 1 Cent = 1,7 Pfennig.

Unter diesen letzten sind die beinahe 10 000 Mitglieder des Diamantarbeiterverbandes, welche Beiträge bezahlen von 0,50 Gulden bis auf 1,60 Gulden pro Woche.

In dieser Hinsicht sind wir in Holland schon weiter als in Oesterreich. Aber gegenüber Deutschland sind wir noch rückständig.

Die Presse wird in 4 415 700 Exemplaren pro Jahr verbreitet.

Die Anzahl Angestellter war am 1. Januar 1914 81 und 1915 88.

Am 1. Januar 1912 gab es 1 Angestellten auf 932 Mitglieder, 1. Januar 1913 1 auf 842, 1. Januar 1914 1 auf 1043 und 1. Januar 1915 1 auf 995 Mitglieder.

Die holländische Bewegung hat ihren festen Gang auch während des Krieges behalten, und „Het Volk“ hat auf Grund dieser Ziffern einen begeisterten Artikel über die Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit geschrieben. J. Oudegeest.

Kongresse.

Gewerkschaftliche Konferenz in Stuttgart.

Am 14. November 1915 tagte eine Konferenz der Gewerkschafts- und Gemeindevertreter des Industriegebietes Stuttgart, die sich mit der Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge befaßte. Arbeitersekretär Kette sprach über die Grundzüge der königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel und der Versicherungsanstalt Württemberg in der neuen Fassung. Es kam zum Ausdruck, daß im Gegensatz zu der Kriegsfrankenfürsorge, die bereits in 62 Orten resp. Oberämtern eingeführt ist, die Arbeitslosenfürsorge erst in 16 Gemeinden zur Durchführung gelangte. Von diesen sind erst an 13 Gemeinden Auszahlungen durch die Versicherungsanstalt im Betrage von 53 782 Mark erfolgt. Die Arbeitslosenfürsorge erstreckt sich bis jetzt auf die Gemeinden resp. Bezirke Stuttgart, Feuerbach, Botnang, Birtach, Kaltental, Eßlingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Gmünd, Göppingen, Neutlingen, Schramberg, Troßingen, Birkensfeld, Zuffenhausen, Heidenheim. Beiträge zu Notstandsarbeiten mit 10 resp. 15 Proz. der Lohnsumme wurden an 55 Gemeinden im Betrage von 87 000 M. geleistet. Die in verschiedenen Orten, insbesondere auch in Stuttgart, gereichte Unterstützung steht mit den Teuerungsverhältnissen in keinem richtigen Verhältnis mehr, weshalb eine wesentliche Erhöhung der Sätze anlässlich der Neuregelung erstrebt werden muß, die

die Versicherungsanstalt ebenfalls mit zunehmender Teuerung von Zeit zu Zeit erwartet. Verlangt wurde schließlich auch, daß die Gewerkschaften nach dem sogenannten Genter System auch dann Träger der Arbeitslosenfürsorge bleiben, wenn es sich um ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Mitglieder handelt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Konferenz erklärt, daß sie grundsätzlich eine allgemeine staatliche Unterstützung der Arbeitslosen für notwendig und richtig anerkennt; sie fordert die Vertreter im Landtag und Reichstag auf, für die Durchführung dieser Forderung erneut ganz energisch einzutreten.“

Die Konferenz nimmt aber mit Bedauern davon Kenntnis, daß die von der Württ. Regierung und der Versicherungsanstalt Württemberg unterstützte Arbeitslosenfürsorge erst in einer so geringen Anzahl von württembergischen Gemeinden und Oberamtsbezirken durchgeführt ist, und sie beantragt daher den Vorstand des Bezirksstellens in Verbindung mit den Gemeindevertretern und Gewerkschaftsstellens, auf die Einführung der Arbeitslosenfürsorge nachdrücklich hinzuwirken.

Die Konferenz spricht weiter aus, daß die bis jetzt gewährten Unterstützungssätze durchweg zu niedrig gehalten sind und sie erwartet daher, daß bei der in Aussicht stehenden Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge eine der gegenwärtigen Teuerung entsprechende Erhöhung der täglichen oder wöchentlichen Unterstützungsbeträge eintritt. Zugleich werden die Gemeindevertreter und Gewerkschaftsmitglieder ersucht, besonders dafür einzutreten, daß die Gewerkschaften nach dem sog. Genter System als Träger allgemein anerkannt werden, d. h. daß die Auszahlung der Unterstützungen an ihre Mitglieder auch dann durch sie erfolgt, wenn es sich um nichtbezugsberechtigte oder von den Gewerkschaften ausgesteuerte Mitglieder handelt, und dahin zu wirken, daß die Arbeitslosenfürsorge über den Krieg hinaus erhalten bleibt, da die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung dies voraussichtlich dringend notwendig macht.“

F.

Anderer Organisationen.

Die Polnische Berufsvereinigung im Kriegsjahr 1914.

Bei der geringen organisatorischen Schulung derjenigen polnischen Arbeiter, die der nationalitätlichen Polnischen Berufsvereinigung angehören, konnte man ohne weiteres erwarten, daß unter den wuchtigen Hieben der Kriegszeit das Gebäude dieser polnisch-nationalistischen Gewerkschaftsorganisation wird schwer zu leiden haben. Manche Äußerungen der Organe der Polnischen Berufsvereinigung deuteten darauf hin. So ließ sich z. B. die „Sila“ (Kraft), das Organ der Handwerker- und Fabrikarbeiterabteilung, in einem mit „Arbeiter und der Krieg“ überschriebenen Artikel dahin vernehmen: „Im Leben unserer Verbandsorganisation hat der Krieg riesige Lücken getan. 40 pro Hundert unserer Mitglieder sind unter die Waffen gegangen, ebensoviel sind gleichgültig geworden und hörten auf, Beiträge zu zahlen, und nur 20 pro Hundert sind treu geblieben, die sich durch den Kriegsturm nicht abschrecken ließen und, auf glücklichere Zukunft vertrauend, ihren schwer errungenen Posten aufrechterhalten. Dieser bedeutende Prozentsatz der Gleichgültig gewordenen entrand hauptsächlich schon in den ersten Wochen des Krieges. Es schien ihnen nämlich, daß der Krieg nicht lange dauern kann, daß sie mit Leichtigkeit die restierende Zeit einholen werden. Andere wiederum, die bei Beginn des Krieges günstige Arbeit und ziemlich hohen Verdienst hatten, waren der Ansicht, daß dies so ewig dauern wird und daß sie die Organisation

entbehren können. Und noch andere, in ihrem Egoismus geblendet, haben den Glauben an die Möglichkeit der Existenz der Organisation nach dem Kriege verloren und, indem sie die Hände sinken ließen, zogen sie sich von der Mitarbeit zurück."

Auf einen nicht minder gedrückten Ton waren die Ausführungen einer der Mainnummern des „Głos Górniczy“ („Bergarbeiterstimme“), des Organ der Bergarbeiterabteilung der Polnischen Berufsvereinigung, gestimmt. Es hieß da in einem Artikel u. a.: „In den ersten Tagen nach dem Kriegsausbruch sind gegen 20 000 unserer Kameraden unter die Waffen gerufen worden, darunter befanden sich 150 Ziliavorstehende und 4 Vertrauensmänner, 8 Bezirksvorstehende und 4 Angehörte unserer Abteilung. . . Mit Herzensweh müssen wir zugeben, daß das Fehlen derjenigen, die unter Waffen sind, sich nicht schnell wird, ersetzen lassen. Wir müssen zugeben, daß die gegenwärtige Situation es verursachte, daß sogar unsere älteren tätigen Kameraden die Schulter sinken ließen und stehen als die letzten da mit Abrechnungen, Agitation usw. Wir müssen zugeben, daß überhaupt viele unter den älteren Mitgliedern in der Fremde, die geblieben sind, gleichgültig gegenüber der Organisation geworden sind, sie sind sogar der Ansicht, daß es nach dem Kriege keine Sorge um die Existenz geben wird, oder daß sich jemand findet, der die soziale Frage zu lösen wird, daß es überflüssig sein wird, der Organisation anzugehören. Es gibt sogar solche, die gerade jetzt mit vermehrter Kraft ihr altes Handwerk des Gellatichs, der Verleumdungen betreiben, um nur ihren Ehrgeiz oder ihre Unwissenheit zu befriedigen. . . Die jüngeren und gesünderen sind zwar unter die Waffen gegangen, es verblieben die älteren und mehr zu Krankheiten geneigten Kollegen, und trotzdem geht es noch leidlich. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß noch viele Tausende daheim geblieben sind, die man reklamierte, so muß man zugeben, daß der belebende Geist gesunken und gewisse Passivität oder Mißtrauen eingetreten ist.“

Welchen Einfluß alle diese un günstigen Erscheinungen bis zum Ablauf des Kriegsjahres 1914 auf den Stand der Organisation in ihrer Gesamtwirkung ausübten, das zeigt bald darauf die Zahlen der in Druck erschienenen Bilanz der Polnischen Berufsvereinigung für das Jahr 1914 (Wzajemna Pomoc — Gegenseitige Hilfe, Nr. 6 vom 15. Juni 1915). Betrachten wir dieselben.

Die tatsächlichen Einnahmen der ganzen Organisation haben sich im Vergleich mit den Vorjahren bedeutend ermäßigt. In den letzten drei Jahren betragen dieselben

| | |
|---------------------|----------------|
| im Jahre 1912 . . . | 928 546,11 Mk. |
| „ „ 1913 . . . | 1 064 096,96 „ |
| „ „ 1914 . . . | 682 685,59 „ |

so daß gegenüber dem Jahre 1913 die Gesamteinnahme um 351 411 Mk., d. h. um 35,9 Proz. oder um über ein Drittel geringer geworden ist.

Was trug zu diesem Ergebnis bei?

Man hat bedeutend weniger an Mitgliedsbeiträgen und Eintrittsgeldern einkassiert. An Eintrittsgeldern gingen im Jahre 1913 insgesamt bei allen vier Abteilungen 16 682,80 Mk. ein, im Kriegsjahre 1914 dagegen nur noch 5 092,10 Mk., weniger um 11 590,70 Mk., d. h. um zwei Drittel. Die einzelnen Abteilungen hatten an Eintrittsgeldern:

| | im Jahre 1913 | im Jahre 1914 |
|-------------------------|---------------|---------------|
| 1. Bergarbeiter . . . | 12 969,80 Mk. | 2 636,50 Mk. |
| 2. Metallarbeiter . . . | 2 131,50 „ | 1 053,10 „ |
| 3. Handwerker . . . | 1 581,50 „ | 1 077,— „ |
| 4. Bauarbeiter . . . | — „ | 825,50 „ |

Zusammen 16 682,80 Mk. 5 092,10 Mk.

Der größte Rückschlag an Eintrittsgeldern trat bei den Bergarbeitern ein. Im Jahre 1913 führte die Polnische Berufsvereinigung den mit völligem Zusammenbruch geendeten großen Streik der Bergarbeiter in Oberschlesien durch — daher der große Zustrom an Neuaufnahmen. Diese Eintagsfliegen-Mitglieder gingen jedoch bald verloren. Das Zusammenschmelzen der Eintrittsgelder bis auf 2 636,50 Mk., die dazu sicherlich wohl ganz auf die ersten sieben Monate vor dem Kriegsausbruch entfallen, zeugt davon, daß nach dem zusammengebrochenen Streik des Vorjahres die Zugkraft der Organisation stark eingebüßt hat. Sichtlich der Bauarbeiterabteilung ist zu bemerken, daß sie erst Mitte 1913 aus der Handwerkerabteilung hervorging.

An Mitgliedsbeiträgen, die die Haupteinnahmequelle der Organisation bilden und deren Verfliegen für die Organisation verhängnisvoll werden kann, sind in den letzten fünf Jahren, seit der Verschmelzung der bis dahin bestehenden polnisch-nationalistischen Berufsverbände, eingenommen worden:

| | |
|---------------------|----------------|
| im Jahre 1910 . . . | 627 540,02 Mk. |
| „ „ 1911 . . . | 735 118,01 „ |
| „ „ 1912 . . . | 848 243,40 „ |
| „ „ 1913 . . . | 952 270,42 „ |
| „ „ 1914 . . . | 684 994,74 „ |

Nur fünf Monate des Krieges haben also die Wirkung gehabt, daß die Einnahme aus den Mitgliedsbeiträgen im Jahre 1914 gegenüber dem Vorjahre um 317 275,68 Mk. zurückgegangen ist und gegenüber 1910, dem Jahre der Verschmelzung, war sie kaum um 7452,72 Mk. höher. Die Kriegszeit hat demnach der Organisation tiefe Wunden versetzt.

Es ist dabei wichtig festzustellen, in welchem Maße hiervon die einzelnen Abteilungen der Polnischen Berufsvereinigung betroffen worden sind. In den beiden letzten Jahren waren die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen wie folgt:

| | im Jahre 1913 | im Jahre 1914 |
|-------------------------|----------------|----------------|
| 1. Bergarbeiter . . . | 589 516,40 Mk. | 408 885,95 Mk. |
| 2. Metallarbeiter . . . | 157 060,— „ | 107 805,40 „ |
| 3. Handwerker . . . | 173 205,15 „ | 97 274,05 „ |
| 4. Bauarbeiter . . . | 32 488,87 „ | 21 078,44 „ |

Zusammen 952 270,42 Mk. 684 994,74 Mk.

Die Bergarbeiterabteilung hatte an Mitgliedsbeiträgen die respektable Summe von 180 680,45 Mark weniger eingenommen als im Vorjahre, die Metallarbeiterabteilung hatte ein Minus von 49 254,60 Mk., die der Handwerker von 75 930,20 Mark und endlich die Bauarbeiterabteilung von 11 410,43 Mk. aufzuweisen. Es ist schon oben bemerkt worden, daß die Bauarbeiterabteilung erst Mitte 1913 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Die für dieses Jahr nachgewiesenen Beiträge gelten nur für sechs Monate. Im Jahre 1914 sind bei dieser Abteilung im Laufe von zwölf Monaten um ein Drittel weniger als in den sechs Monaten des Vorjahres an Mitgliedsbeiträgen kassiert worden. Die Position dieser Fachabteilung ist also eine recht mißliche geworden. Es kann wohl gefragt werden: Sind denn von der Bauarbeiterabteilung

der Polnischen Berufsvereinigung überhaupt welche Reste geblieben?!

Außerdem zeigt die Prozentberechnung, daß im Jahre 1914 an Mitgliedsbeiträgen weniger eingegangen sind: bei der Bergarbeiterabteilung um 31,4 Prozent, bei der Metallarbeiterabteilung um 30,7 Prozent, dagegen bei der Handwerkerabteilung sogar um 43,9 Proz.! Sieht man also von der Bauarbeiterabteilung ab, die kaum noch als bestehend betrachtet werden kann, so hat unter den Einwirkungen des Krieges am meisten die Handwerkerabteilung gelitten.

Wenn das Jahr 1914, wo es nur fünf Kriegsmomente gab, derart schlecht für die Polnische Berufsvereinigung endete, um wieviel schlimmer wird sich da das Ergebnis des laufenden Jahres gestalten?!

Geht man der Reihe nach zu den Ausgabenposten über, so ist vorerst zu bemerken, daß die Gesamtsumme der tatsächlichen Ausgaben in den letzten drei Jahren die folgende war:

| | |
|-------------------------|----------------|
| im Jahre 1912 | 908 814,54 Mk. |
| " " 1913 | 1 220 592,96 " |
| " " 1914 | 788 948,76 " |

Gegenüber dem Vorjahre 1913 verringerte sich die Summe der Ausgaben um 486 644,20 Mk. Das Defizit betrug im Berichtsjahre so nach 5 126 3,17 Mk. Das Jahr 1913 war für die Polnische Berufsvereinigung ein Streikjahr; ohne sich vorher mit den anderen Bergarbeiterorganisationen ins Einvernehmen zu setzen, hat die Leitung der Polnischen Berufsvereinigung die obersteinsten Bergarbeiter zu einer Streikbewegung gebracht. An Streikunterstützung zahlte sie damals insgesamt 496 146,60 Mk. Dadurch sind die Ausgaben des Jahres 1913 enorm belastet worden. Im Jahre 1914 hatte die Polnische Berufsvereinigung nach dem Aderlaß des Vorjahres fast gar nicht an Lohnbewegungen teilgenommen. Das ergibt man aus folgender Gegenüberstellung der in den beiden letzten Jahren gezahlten Unterstützungen:

| | im Jahre | |
|--|-------------|-------------|
| | 1913 Mk. | 1914 Mk. |
| 1. Krankenunterstützung | 175 857,17 | 168 939,77 |
| 2. Beihilfe in Sterbefällen | 37 699,70 | 40 520,05 |
| 3. Streikunterstützung | 496 146,60 | 13 137,33 |
| 4. Arbeitslosenunterstützung | 52 487,76 | 45 133,98 |
| 5. Reise- u. Umzugsunterstütz. | 15 758,74 | 6 022,87 |
| 6. Rechtsschutz | 47 836,53 | 43 956,04 |
| 7. Kriegsunterstützung | — | 187 203,80 |
| Zusammen | 825 281,50 | 454 913,84 |

Nur an Beihilfen in Sterbefällen ist ein wenig mehr verausgabt worden: Sonst sind alle anderen normalen Positionen kleiner als im Jahre 1913. Am meisten ging der Kosten der Streikunterstützung zurück. Es ist jedoch hervorzuheben, daß, wo z. B. die freien Gewerkschaften nach dem Kriegsausbruch ihre Aufmerksamkeit insbesondere der Arbeitslosenfürsorge widmeten und dafür sehr große Summen flüssig machten — in den ersten sechs Kriegsmonaten insgesamt 17 783 000 Mk. — hat die Polnische Berufsvereinigung für die Unterstützung der Arbeitslosen sogar 7000 Mk. weniger als im Vorjahre herausgeben brauchen.

An die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder sind aus der Kasse des Centralvorstandes der Polnischen Berufsvereinigung 137 000 Mk. zur Auszahlung gelangt. Es ist dies eine verhältnismäßig geringe Summe. Allein der freie Bergarbeiterverband hat für diesen Zweck über 700 000 Mk. verwendet!

Von je 100 Mk. der von den Mitgliedern gezahlten Beiträge und Eintrittsgelder sind in den einzelnen Jahren seit der Verschmelzung gezahlt worden:

| | 1910 | 1911 | 1912 | 1913 | 1914 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|
| Krankenunterstützung | 17,04 | 19,37 | 18,71 | 18,14 | 26,39 |
| Beihilfe in Sterbefällen | 3,73 | 3,84 | 4,17 | 3,88 | 6,33 |
| Streikunterstützung | 18,74 | 7,98 | 35,89 | 51,20 | 2,05 |
| Arbeitslosenunterstützung | 2,28 | 2,47 | 3,14 | 5,41 | 7,05 |
| Reise- u. Umzugsunterstützung | 0,75 | 0,87 | 1,25 | 1,62 | 0,94 |
| Rechtsschutz | 4,44 | 5,26 | 4,84 | 4,88 | 6,88 |
| Kriegsunterstützung | — | — | — | — | 21,43 |

Zusammen 46,98 39,96 68,04 85,17 71,07

Der fünfte Teil der Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder wurde für Auszahlung der außerordentlichen Kriegsunterstützung, der vierte Teil für Krankenunterstützung verbraucht.

Die Jahresabrechnung für 1913 wies ein Gesamtvermögen von 743 486,42 Mk. nach, welches 1914 auf 710 233 Mk. zurückging. 1912 sollen es 921 595,75 Mk. gewesen sein. Der Vermögensverlust stellt sich in den letzten zwei Jahren auf 211 362,33 Mk. Infolge der großen Streikbewegung des Jahres 1913 und des darauffolgenden Kriegsjahres 1914 wurde die finanzielle Unterlage der Polnischen Berufsvereinigung bedeutend geschwächt.

Kattowitz (Oberschlesien).

Emil Caspari.

Literatur.

Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch.

I.

Unter dem Namen „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“ hat Wilhelm Jansson ein Buch herausgegeben, das in der Arbeiterliteratur einen ganz hervorragenden Platz verdient. Es ist, gleich dem vielerörterten Buche „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“, ein Sammelwerk von Beiträgen zahlreicher Verfasser; doch sind diesmal nur gewerkschaftliche Arbeitervertreter zum Wort gekommen, die die verschiedensten Industriegruppen repräsentieren und das Interesse der Arbeiterschaft an einem siegreichen Kriegsabschluß mit ungeschmälerter Erhaltung des Deutschen Reichs und der deutschen Volkswirtschaftsgrundlage zum Ausdruck bringen. Insofern ist das Buch mehr als ein Kriegsbuch; es ist auch ein Friedensbuch im Sinne eines für uns günstigen Friedens. Eine solche Kundgebung angegebener Gewerkschaftsvertreter, wie R. Schmidt, Wiffell, Winnig, Hue, Schneider, Kloth, M. Kayser, Girbig, Blum, Scherm, Weidler, Stühmer, Staudinger, Kräsig, P. Müller und Jansson, muß der Öffentlichkeit gerade jetzt willkommen sein, wo der Waffenerfolg Deutschlands und seiner verbündeten Mächte die Ergebnisse des Krieges schärfer aus dem Dunkel der Zukunft hervortreten läßt, wo aber auch leidenschaftlicher als je um einen baldigen Frieden gekämpft wird. Mit einmütiger Entschiedenheit wird hier von allen Mitarbeitern betont, daß die deutschen Arbeiter nur an einem siegreichen Abschluß des blutigen Ringens, der zu einer baldigen Erstarkung des Wirtschaftslebens führe, interessiert sind, daß dagegen bei einem militärischen Zusammenbruch auch die wirtschaftliche Entwicklung starke Hemmungen erfahre, die in ihrer Rückwirkung die Lage der Arbeiterklasse sehr ungünstig gestalten würden (R. Schmidt), daß ein solcher Ausgang auch das gewerkschaftliche Wirken der Arbeiter auf lange Zeit hinaus, vielleicht auf mehrere Jahrzehnte lahmlegen

und zur Unfruchtbarkeit verurteilen würde (Winnig), daß mit den Waffen auch über unermeßlich große wirtschaftliche Interessen der Arbeiterschaft Deutschlands entschieden wird (Sue), daß die Arbeiter eine Besserung ihrer Arbeitsbedingungen nicht in einem besiegten Deutschland mit einer vom Weltmarkt verdrängten Industrie, sondern in einem Lande, das seiner Industrie alle Entwicklungsmöglichkeiten erschließen und erhalten kann, erhoffen (Schneider). „Deutschland muß siegen! Wir müssen siegen, wollen wir in der Zukunft das besitzen, was uns die Vergangenheit durch unseren Fleiß und Strebsamkeit erworben hat. Der deutsche Arbeiter hat vieles zu verlieren“ (Blum). „Die organisierte deutsche Arbeiterschaft hat die Kriegshegerei und das Betrüben stets aufs schärfste bekämpft. Niemand kann ihr nachsagen, daß sie nicht ihre Schuldigkeit getan habe. Das verpflichtet sie aber nicht, sich abschlagen oder wirtschaftlich zugrunde richten zu lassen“ (Säerm). „Die Gewerkschaften werden nach dem Kriege wieder eine ungeheure Arbeit zu leisten haben. . . . In einem siegreichen Deutschland können wir unsere Forderungen eher zur Geltung bringen, als wenn im Osten und Westen Deutschlands die Fahnen des Sozialismus und seiner Verbündeten wehen“ (Staudinger).

Aber nicht allein in der Betonung dieses allgemeinen Kriegs- und Friedenszieles sind sich alle diese Gewerkschaftsvertreter einig, sondern auch in den zahlreichen Einzelfragen, die ihr Gesamturteil beeinflussen, ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung. Ein ungünstiger Kriegsausgang würde Deutschland mit enormen Kriegskosten belasten, die auf lange Zeit hinaus seine wirtschaftliche Entfaltung hemmen. „Deutschland würde übrigens im Falle der Niederlage nicht nur die eigenen großen Kriegskosten tragen und die ihm wegen aufgenommenen Schulden verzinsen müssen, sondern die siegreichen Gegner würden selbstverständlich Ersatz für ihre Kriegsausgaben von Deutschland und Oesterreich-Ungarn fordern. In Verbindung mit dem Rückgang der Steuerkraft der Einwohner würde sich daraus die Notwendigkeit größter Sparsamkeit ergeben, man würde das öffentliche Baugeschäft in Deutschland stark einschränken müssen“ (Winnig).

Auch die sozialpolitischen Errungenschaften müßten darunter empfindlich leiden:

„Im Osten und Westen wesentlicher Gebietsteile beraubt, im Innern der Zusammenhang der Bundesstaaten gestört, finanzielle Opfer unerhörter Art an die Sieger, jede Möglichkeit industrieller Entwicklung unterbunden, würde das wirtschaftliche Leben zurückgeschraubt werden auf einen Stand, der es ganz ausgeschlossen erscheinen läßt, eine Arbeiterversicherung auch nur annähernd des bisherigen Umfangs aufrechtzuerhalten“ (Wissell).

Die Abtrennung heimischer Industrie- und Rohstoffgebiete würde die heimische Volkswirtschaft empfindlich schädigen:

„Würde der Krieg mit einer Losreißung Elsaß-Lothringens und Oberschlesiens oder auch nur eines dieser Landesteile von Deutschland enden, so bedeutete dies einen tödlichen Schlag gegen unsere Montanindustrie und die ihr nächstverwandten weiterverarbeitenden Gewerbe“ (Sue). „Gelingt es den Vierverbandsmächten, Deutschland und Oesterreich-Ungarn niederzuringen, werden uns ferner weite Gebietsteile geraubt, in denen sich die Naturkräfte zur Erzeugung unserer Produktion befinden, dann ist zu erwarten, daß die blühende Keramikindustrie brachgelegt und damit zugleich eine

intelligente Arbeiterschaft dem Ruin zugeführt wird“ (Girbig).

Die Sicherung der Rohstoffzufuhr ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das wirtschaftliche Gedeihen Deutschlands:

„Die Kriegsmonate haben den deutschen Textilarbeitern in sehr ernster Weise zu Gemüte geführt, ein wie hochwichtiger Faktor die Rohstoffversorgung für die deutsche Textilindustrie ist und einen wie schädlichen Einfluß England auf diese Rohstoffversorgung auszuüben vermag. . . . Eine Niederlage Deutschlands in diesem Kriege würde dazu führen, daß der deutschen Textilindustrie das harte Los des Dahinsiehens zuteil würde“ (Kräbig).

Die chemische Industrie bezieht einen sehr großen Teil ihrer Rohstoffe aus dem Auslande. Sie braucht seltene Erden und Mineralien, pflanzliche und tierische Rohstoffe aller Art, die in Deutschland gar nicht oder nicht in ausreichender Menge oder entsprechender Güte gewonnen oder hergestellt werden können“ (Schneider).

„Die Holzeinfuhr Russlands ist für den Nordosten des Reichs von großer Bedeutung. Dort existiert eine sehr bedeutende Sägewerksindustrie, die hauptsächlich das ihr auf dem Wasserwege aus Rußland zugeführte Holz verarbeitet. . . . Eine Niederlage Deutschlands würde wahrscheinlich eine nachhaltige Schädigung der deutschen Industrie nach sich ziehen und die Hauptleidtragenden würden die Arbeiter sein“ (Kasjer). „Die Lederverarbeitung steht eng in Verbindung mit der Gerbstoffindustrie, welche vornehmlich auf die Einfuhr und den überseeischen Handel angewiesen ist“ (Blum).

Auch an der Erhaltung der deutschen Ausfuhr hat die Arbeiterschaft ein Lebensinteresse:

„Unsere industriellen Interessen weisen uns auf den Weltmarkt als stärker zu kultivierendes Absatzgebiet für unseren steigenden Warenüberschuß hin. Darum bedürfen wir des freien Handelsrechts, auch des freien Meeres“ (Sue). „Gelänge der britische Plan der Verdrängung der deutschen Industrie vom Weltmarkt, dann wäre das in erster Linie für die deutsche Metallindustrie und ihre Arbeiter von den verberlichstesten Folgen. Der gesamte auswärtige Spezialhandel Deutschlands belief sich 1913 dem Werte nach in der Einfuhr auf 10 769,7 Millionen Mark, in der Ausfuhr auf 10 097,2 Millionen Mark. Von der Einfuhr entfallen davon auf die Metallindustrie 879,2 Millionen Mark gleich 8,1 Prozent, von der Ausfuhr 3357,2 Millionen Mark gleich 33,2 Prozent. Der Wert der Ausfuhr der Metallindustrie übersteigt danach den Wert ihrer Einfuhr um nicht weniger als 2477,9 Millionen Mark“ (Säerm).

„Ein Sieg des Vierverbandes schließt in sich, daß die Ausfuhr nach den friedlichen Ländern und besonders die direkte Ausfuhr nach deren Kolonien noch mehr als bisher unter allerlei Ungunst zu leiden hat. Ging doch schon vor dem Kriege ein beträchtlicher Teil der graphischen Erzeugnisse über Londen Häuser unter englischer Flagge nach den englischen Kolonien, weil diese dem Mutterlande Zollvergünstigungen gewährten, wodurch die englische Industrie selbstverständlich bevorzugt wurde. Ein Sieg Englands würde nach dessen eigenem Eingeständnis die Ausfuhrmöglichkeiten der deutschen Industrie auf das menschenmöglichste beschränken und damit den blühenden Verkehr der graphischen Gewerbe mit England und seinen Kolonien ganz unterbinden“ (Klotz).

Freie Entwicklungsmöglichkeiten braucht die deutsche Industrie und mit ihr der deutsche Arbeiter:

„Der Frieden soll die Bahn frei machen für eine ungehinderte Entwicklung der deutschen Industrie und auch für die Holzindustrie soll er die Erwerbs- und Absatzmöglichkeiten, die vor dem Kriege bestanden, nicht nur wiederherstellen, sondern auch möglichst verbessern“ (Kajfer). „Aus diesen Erwägungen heraus geben wir uns . . . der Hoffnung hin, daß die Zukunft, d. h. ein für Deutschland erfolgreicher Friedensschluß, dem deutschen Handel und Verkehr sowohl im Inlande als auch auf dem Weltmarkt uneingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten bieten wird“ (Müller).

Einige der Mitarbeiter betonen mit Entschiedenheit, daß das deutsche Friedensziel keine wirtschaftliche Unterdrückung der Nachbarnationen einschließen dürfe: „Eine vertragliche Einengung der ausländischen Industrie zu dem Zweck, der deutschen den Markt zu sichern, kann nicht das Ziel eines siegreichen Deutschland sein.“ „Die chemische Industrie . . . hat ihr Absatzgebiet nicht in industriearmen, sondern in industriereichen Ländern. Die Erzeugnisse der chemischen Industrie sind zu einem erheblichen Teil — ich erinnere nur an die Teerfarben — Roh- und Hilfsstoffe für andere Industriezweige und deshalb nur da in größerer Menge absetzbar, wo eine Industrie vorhanden ist“ (Schneider).

Vor allem aber wird mit erfreulicher Entschiedenheit und Einmütigkeit auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft Einfluß auf die wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands nach dem Kriege gewinnt und mit größtem Nachdruck für die Wahrung ihrer Interessen auf diesem wichtigen Gebiete wirkt: . . . „Wir müssen aus den öden Zolltreibereien heraus, und unsere Volkswirtschaft muß so gestaltet werden, daß sie die Lebenshaltung der erwerbstätigen Schichten hebt durch Sicherung des Lohneinkommens und preiswerte Marktlage der wichtigsten Lebensmittel“ (R. Schmidt). — „Die Arbeiterschaft ist kein Fremdkörper in der Volks- und Weltwirtschaft, sie ist vielmehr deren wichtigster Bestandteil; darum erwächst ihr hieraus auch die Pflicht, durch kluges Handeln sich den entsprechenden Einfluß zu verschaffen“ (Kloth). „Der Abschluß langfristiger Handelsverträge mit den Nationen, an die wir bisher unsere Produkte ausführten, ist eine zwingende Notwendigkeit. Nur dadurch werden unsere Handelsbeziehungen in feste Bahnen gelenkt und die Sicherheit der Ausfuhr unserer Produkte herbeigeführt“ (Girbig).

In mehreren Beiträgen wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiterinteressen an einem günstigen Friedensschlusse in mancher Beziehung mit denen der Unternehmer gleichlaufend sind:

„Von diesen Wirkungen einer deutschen Niederlage würden sowohl Arbeiter wie Unternehmer des Baugewerbes auf das empfindlichste betroffen werden. Man fasse wieder die schwierige Lage der kleineren und mittleren Baugeschäfte ins Auge . . .“ (Winnig). „Dabei halten wir die Verheerung der Völker gegeneinander nach wie vor für einen großen Fehler und können nur wünschen, daß alle abgebrochenen internationalen Beziehungen wirtschaftlicher Art sobald wie möglich in vollem Umfange wiederhergestellt werden. In dieser Beziehung dürfte es zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch kaum Meinungsverschiedenheiten geben, weil

beide Teile in gleichem Maße an einer möglichst lange andauernden, durch keinen ferneren Krieg gestörten günstigen Geschäftskonjunktur Interesse haben. Das möge unser Friedensziel sein“ (Stübner). „Arbeiter und Unternehmer stehen sich im Wirtschaftsleben als Gegner gegenüber; der Streit um die gerechte Verteilung des Arbeitsertrages ist der Hauptinhalt der Gewerkschaftsarbeit. Dieser Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter schlicht aber nicht aus, daß beide an der Blüte der Industrie interessiert sind. Wenn die Arbeiter dafür eintreten, daß ihrem Industriezweig reiche Aufträge zugeführt werden, dann fördern sie damit ihre eigene Wohlfahrt“ (Kajfer).

Trotz dieses gemeinsamen Friedenszieles wird aber der Gegensatz zwischen beiden keineswegs verhüllt, sondern meist mit klaren Ausführungen herausgearbeitet: „Die Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands haben gewiß manches veräumt, aber sie haben in den letzten Jahren viel eingeholt. Zu Zehntausenden haben sie den Weg in ihre gewerkschaftliche Organisation gefunden, mit Eifer und Fähigkeit haben sie gekämpft für Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne, Erweiterung des Arbeiterschutzes. Dieser Kampf ist durch den Krieg unterbrochen, aber er wird wieder aufleben, sobald der Friede uns geordnete Verhältnisse bringt. Und er wird um so erfolgreicher sein, je besser es gelingt, die deutsche Arbeiterschaft zu schützen gegen die Versuche, der deutschen Industrie die Lebensfäden zu zerschneiden“ (Schneider).

Endlich aber wird die große Bedeutung eines günstigen Friedensschlusses für die Gewerkschaften ins rechte Licht gerückt: „Für die Gewerkschaftsorganisation muß endlich die Bahn freigehalten werden, damit sie sich ungehindert entwickeln kann, um das auf sozialpolitischen Gebieten zu erreichen, was die Selbsthilfe in der Organisation erlangen kann. In der Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben in der Arbeiterversicherung, der Verwaltung des Arbeitsnachweises, der Errichtung von Arbeitskammern, in der Heranziehung als Gutachter in wirtschaftspolitischen Fragen müssen die Gewerkschaften endlich die Gleichberechtigung erlangen, die den Unternehmerorganisationen gewährt wird“ (Schmidt).

„Wenn wir nun für die Zukunft des deutschen Handels und Verkehrs zu Wasser und zu Lande bestimmte vertragliche Sicherheiten fordern, so verkennen wir doch nicht, daß sie allein unmöglich dem deutschen Handel und Verkehr eine günstige Zukunft garantieren. Hier wie überall entscheiden auch ein gesunder Geist, hohe Intelligenz, beharrliche Energie und eine umsichtige, vorausschauende Initiative aller beteiligten Interessententeile mit. Das sind Voraussetzungen, die dem deutschen Handel und Verkehr auch dann noch eine blühende Zukunft sichern, wenn trotz eines siegreichen Krieges das deutsche Wirtschaftsleben vorübergehend schwere, krisenartige Erschütterungen ertragen müßte.“

Von dieser Erkenntnis ausgehend, propagieren wir als Kriegsgewinn ein auf dem Boden beiderseitig anzuerkennender Gleichberechtigung basierendes Vertragsverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, soweit sie hier gemeinsame Interessen des Gewerbes zu verfechten haben.

Wir erwarten als Kriegsgewinn ferner die vorbehaltlose Anerkennung unserer Gewerkschaft in den Privat- und Staatsbetrieben und die weitgehendste Respektierung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten der Angestellten und Arbeiter, deren Erweiterung wir als Selbstverständlichkeit betrachten.

Ein erfolgreicher Friedensschluß soll uns also das Recht und die Möglichkeit auf Leben und Kampf garantieren." (Müller.)

Zeigt sich schon aus diesen, den einzelnen Beiträgen der Mitarbeiter entnommenen Belegen, in deren Wiedergabe wir uns selbstverständlich Beschränkung auferlegen mußten, die große Bedeutung dieses gewerkschaftlichen „Kriegsbuches“, so verdient die zusammenfassende Schlussarbeit des Herausgebers W. Jansson eine besondere Würdigung, die wir für einen weiteren Aufsatz zurückstellen. U.

Neuerschienen Bücher und Schriften.

a) Deutsche Verbände.

- Bäcker und Konditoren.** Das Verbot der Nachtarbeit im Bäcker- und Konditoreigewerbe und die Sachverständigen des Berufes. 31 S. Verlag: D. Allmann, Hamburg.
- Bauarbeiter.** Jahrbuch 1914. 464 S. Selbstverlag, Hamburg.
- Buchbinder.** Der Deutsche Buchbinderverband im Jahre 1914. 90 S. Selbstverlag, Berlin.
- Buchdrucker.** Rechenschaftsbericht des Vorstandes für 1914. 24 S. Selbstverlag, Berlin.
- Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Bericht für das Jahr 1914. 35 S.
- Gau Frankfurt-Hessen. Jahresbericht 1914. 64 S.
- Bezirk Frankfurt a. M. Geschäftsbericht 1914. 24 S.
- Gau Rheinland-Westfalen. Rechenschaftsbericht 1914. 87 S.
- Gau Westpreußen. Bericht für 1914. 60 S.
- Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter.** Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht für 1914. 24 S. Selbstverlag, Berlin.
- Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Filiale Groß-Berlin. Bericht über das Geschäftsjahr 1914/15. 24 S.
- Holzarbeiter.** Jahrbuch 1914. 368 S.
- Almanach des D. H.-V. für 1916. 17. Jahrg. 80 S. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin.
- Hut- und Filzwarenarbeiter.** Jahresbericht und Abrechnung für das Jahr 1914. 32 S. Verlag von A. Meysche, Altenburg.
- Lebendarbeiter.** Jahresbericht des Centralvorstandes für das Jahr 1914. 100 S. Selbstverlag, Berlin.
- Maler.** Jahrbuch 1914. 168 S. Verlag: D. Streine, Hamburg.
- Metallarbeiter.** Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1914. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder. 250 u. 150 S. Selbstverlag, Stuttgart.
- Protokoll der 12. Generalversammlung 1915 zu Berlin. 277 S. Selbstverlag, Stuttgart.
- Steinseher.** Der Verband im Kriegsjahr 1914/15. 87 S. Selbstverlag, Berlin.
- Tabakarbeiter.** Jahresbericht für 1914. 95 S. Selbstverlag, Bremen.
- Tapezierer.** Jahresbericht für 1914. 97 S.
- Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen im deutschen Tapezierergewerbe. 127 S. Selbstverlag, Berlin.
- Transportarbeiter.** Jahrbuch 1914. 248 u. 50 S. Verlagsanstalt „Courier“, Berlin.

b) Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.

- Berlin und Umgegend.** 25. Jahres- und Klassenbericht für 1914. 135 S.
- Bremen.** Bremische Gewerkschaftsbewegung 1914. 40 S.
- Frankfurt a. M.** Geschäftsbericht für 1914. 80 S.

Jena. Jahresbericht 1914. 48 S.
 Königsberg. Geschäftsbericht 1914. 46 S.
 Offenbach. Bericht für das Jahr 1914. 78 S.

Literatur über Gewerkschaften und Gewerkschaftsrecht.

- A. Braun.** Internationale Verbindung der Gewerkschaften. 51 S. 60 Pf. Verlag von J. C. W. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.
- B. Jansson.** Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch. 167 S. Preis 2 M., geb. 3 M. Verlag der „Internationalen Correspondenz“, A. Baumeister, Berlin-Karlshorst.
- P. Lange.** Arbeitsrecht. Ein Entwurf. 22 S.

Parteiolitische Literatur.

- Arbeiter-Notiz-Kalender 1916.** Preis 50 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.
- Dokumente zum Weltkrieg 1914.** IX. Oesterreichisch-ungarisches Notbuch. 56 S. 40 Pf. — X. u. XI. Das Grünbuch Italiens. 61 u. 52 S. 1 M. — XII. Das serbische Blaubuch. 40 S. 50 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.
- Mächte des Weltkrieges.** 4. Serbien und die Serben. 45 S. 30 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin.
- Erich Kother.** Die Sozialdemokratie am Scheidewege. 16 S. E. Heimann u. Sohn, Berlin.
- G. Wurm.** Die Feuerung, ihre Ursachen und Bekämpfung. Ueberblick über die Lebensmittelversorgung seit Kriegsbeginn, besonders in Groß-Berlin. 88 S. Verlag des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgeg.
- Schriften des Verlages der „Internationalen Correspondenz“ (A. Baumeister, Berlin-Karlshorst. Pro Heft 10 Pf. 1. Wo steht der Hauptfeind? Von Konrad Haenisch, Mitglied des Abgeordnetenhauses. — 2. Jean Jaurès. Sein Leben und Wirken. Von M. Beer. — Bilder aus unserer Reichstagsfraktion: 3. I. Die Mitte. 4. II. Die Linke. 5. III. Die Rechte. Von einem alten Parlamentarier. — 6. Unsere Feldgrauen über die Parteiwirren. Einige Mahnungen organisierter Arbeiter aus dem Felde. (I.) — 7. Großindustrie und Kriegswirkungen. Von Richard Wolft. — 8. Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland. Von Konrad Haenisch. — 9. Der Friede und die Internationale. Von Hugo Boehsch. — 10. Führen wir einen Eroberungskrieg? Von Ed. David, Mitglied des Reichstags. — 11. Sozialdemokratie und Völkerverhaß. Von Karl Severing. — 12. Der Wiederaufbau der Internationale. Von Dr. Paul Vensch, Mitglied des Reichstags. — 13. Weltkrieg und Arbeiterschaft. Von Emil Dittmer. — 14. Der Krieg und die Jugend. Von Heinrich Schulz, Mitglied des Reichstags. — 15. Die Frauen und der Krieg. Von Wally Zepfer. — 16. Der Krieg und die Kinder. Von Klara Vohm-Schuch. — 17. Der Krieg und die Schule. Von Anna Bloß. — 18. Der deutsch-österreichische Wirtschaftsbund und die Sozialdemokratie. Von Hermann Arand. — 19. Burgfrieden und Arbeiterschaft. Von August Winnig. — 20. Die Arbeiterinnen und der Krieg. Von Gertrud Hanna. — 21. Die Sozialdemokratie und die Ernährungsfrage. Von Dr. Max Duard, Mitglied des Reichstags.**

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 51 wird die Statistische Beilage mit der Statistik über die Arbeitersekretariate im Jahre 1914 beigelegt. Die Nummer erscheint im Umfange von 40 Seiten.